

Forwörls

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: 3.00 Mk. monatl. 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Betriebs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolon-
 nelle ober deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Ver-
 ein- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochent-
 agen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 11. Juli 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse 1894-1898.

I.

In der Reichstags-Sitzung vom 25. Mai hat der Abg. Dertel unter Hinweis auf die in Nr. 110 des „Vorwärts“ erfolgten Lohnberechnungen die Behauptung aufgestellt, daß die Löhne in den meisten Industriezweigen während der letzten zehn Jahre ganz wesentlich gestiegen seien, mindestens viel wesentlicher, als die kleine Steigerung des Preises für Roggen und Speisekartoffeln in Danzig und Berlin betragen habe. Abg. Dertel hat durch den Vergleich der Löhne mit der Bewegung der Lebensmittelpreise den richtigen Maßstab bezeichnet, an dem der Wert von Lohnveränderungen gemessen werden muß. Nur bedarf ein solcher Vergleich einer eingehenderen Verarbeitung, als ihn ungenügender Dertel in der Weise anstellte. Erfolge diese, so gelangt man zu einem wesentlich andern Resultat, wie der Abg. Dertel. In unserer früheren Untersuchung über die Löhne haben wir gefunden, daß der nominelle Geldwert des Lohns eines gewerblichen Arbeiters von 1894-1898 um 11 Proz. gestiegen ist. Diese Lohnsteigerung ist aber nicht ohne weiteres als eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters anzupreisen. Dies wäre nur dann der Fall, wenn die Kaufkraft des Geldes in den Vergleichsjahren die nämliche geblieben wäre. Es ist daher zu untersuchen, in welcher Richtung sich diese verändert hat oder konstant auf unsere Aufgabe gefaßt: wieviel mehr resp. wieviel weniger Geld hatte ein Arbeiter im Jahre 1898 nötig, um den gleichen Lebensbedarf zu befriedigen wie 1894?

Auch bei dieser Untersuchung haben wir viel mit Durchschnittszahlen zu rechnen, an die sich manche Bedenken knüpfen lassen. Sowohl in der Methode der Berechnung als auch in der Auswahl der Rechnungsfaktoren gehen wir deswegen, um gegenwärtige Anschauungen Rechnung zu tragen, in der Weise vor, daß wir im Zweifelsfalle lieber die Zahl und Berechnung wählen, durch die das Resultat in einem der Lohnsteigerung günstigen Sinne beeinflusst wird. In Wirklichkeit wird daher die Gesamtlage der Arbeiterklasse sich weniger günstig seit 1894 verändert haben, als es nach unserer Berechnung erscheinen wird.

Zunächst stellen wir die Veränderungen der Kaufkraft des Geldes ganz im allgemeinen ohne Rücksicht auf den Arbeiterhaushalt seit 1894 fest. Dazu dienen uns die Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes über Warenpreise, die für den Großhandel gelten. Und zwar haben wir zunächst nach diesen Veröffentlichungen die Durchschnittspreise einer Reihe von Waren, die im Konsum eine hervorragende Rolle spielen, unter Zusammenrechnung der einzelnen Sorten und Plagnotierungen ermittelt, auf Grund dieser Ermittlung den Preisstand im Jahre 1894 = 100 gesetzt und die Preise der folgenden Jahre, wobei wir 1899 noch mit einbezogen haben, auf die Grundzahl von 1894 ins Verhältnis gesetzt. Wenn also z. B. eine Ware im Jahre 1897 mit 112 notiert ist, so heißt das, sie ist im Vergleich zu dem Preis im Jahre 1894 von 100 auf 112 oder um 12 Proz. gestiegen. Auf Grund dieser Berechnung ergibt sich für die nachfolgenden Waren eine sämtliche Preisveränderungen in ihrer Tragweite faßlich zu erhellende Uebersicht. — Wir lassen den Preisstand für 1894 weg, da er bei jeder Ware einheitlich = 100 gesetzt ist. Es kostete danach im Vergleich zu 1894:

Ware und Maßbezeichnung	1895	1896	1897	1898	1899
Weizen 1000 kg	103,62	112,97	127,03	127,04	116,37
Roggen	103,51	104,42	113,97	128,59	128,83
Gerste	94,88	101,56	112,71	109,85	107,40
Weizen	102,82	84,46	84,98	100,80	94,07
Hafer	89,63	95,11	103,06	119,14	118,43
Kartoffeln	110,48	102,83	125,50	119,33	118,79
Rindfleisch 100	100,31	94,22	95,15	96,28	96,69
Schweinefleisch	88,23	83,55	100,85	107,06	92,51
Rohfleisch	102,46	94,45	100,41	105,03	111,39
Samenfleisch	104,58	98,00	100,09	108,53	105,06
Weizenmehl	105,67	111,95	124,82	122,26	118,91
Vogelmehl	106,11	105,34	115,51	131,42	124,88
Butter	94,84	96,68	101,58	99,56	105,72
Stoffmazzeder	91,02	98,58	94,25	98,52	98,76
Kartoffelspiritus 1000 l %o Tr.	108,26	111,44	119,80	94,76	100,89
Raffee 100 kg	98,04	86,52	88,75	54,35	50,97
Reis	93,84	76,88	109,04	119,68	118,74
Gerste 1 Tonne zu ca. 150 kg	122,78	100,62	140,91	110,18	155,40
Schmalz 100 kg	86,40	84,82	88,07	71,50	72,35
Rohschmalz	99,75	87,91	93,09	95,52	94,87
Baumwolle 1 D.-C.	99,88	110,93	108,06	80,86	92,41
Wolle	97,81	101,88	97,56	107,64	112,46
Roßhaide 1 kg	109,63	102,29	99,87	105,28	129,92
Baumwollengarn	100,00	105,24	99,56	88,64	94,32
Stattun 1 m	102,56	108,07	89,23	85,64	265,04
Leinengarn 1 kg	86,24	86,77	85,18	85,71	86,77
Güte und Felle 100	108,63	102,20	105,97	100,80	120,17
Roßhaide, deutsches, 1000	100,01	112,18	121,59	120,08	177,90
Petroleum 1 D.-C. mit Roß	122,94	115,12	104,08	120,57	134,23
Steinlofen, deutsche, 1000 kg	99,46	99,82	103,40	108,60	118,10

Aus dieser Uebersicht, bei der die Maßbezeichnung übrigens gänzlich irrelevant ist, ergibt sich, daß von 1894 bis 1898 die meisten Waren und namentlich diejenigen, die im Konsum eine Hauptrolle spielen, ganz erheblich gestiegen sind. Von den dreißig aufgeführten Waren sind elf gefallen, die neunzehn andern gestiegen.

Es ist nun nicht anständig, diese Preisbewegung der Waren mechanisch gegenseitig aufzurechnen, die Bilanz zu ziehen und daraufhin zu beurteilen, wie stark im Durchschnitt die Preissteigerung war. Denn im Arbeiterhaushalt wirkt eine Preissteigerung von Getreide sehr viel anders als eine solche von Seide. Das erstere verwendet er in Brot und Mehl zur täglichen Nahrung, er verbraucht es in großen Quantitäten, während der Verbrauch an Seide minimal ist. Wir müssen daher die Preissteigerung der einzelnen Waren nach der Größe des Bedarfs der Ware selbst im Arbeiterhaushalt berechnen. Zu diesem Zweck ist es nötig, daß wir

die Ausgaben des Arbeiters nach dem Zwecke ihrer Bestimmung trennen und jede Ausgabenkategorie getrennt behandeln.

Das Einkommen des Arbeiters für das Jahr 1894 haben wir auf 666,14 M. berechnet. Nach einem statistischen Durchschnitt kann man bei einem solchen Einkommen annehmen, daß 60 Proz. auf die Ernährung, 16 Proz. auf die Wohnung, 12 Proz. auf die Kleidung, 5 Proz. auf Heizung und Beleuchtung, der Rest von 7 Proz. auf übrige Ausgaben entfallen. Im Jahre 1894 würde der Arbeiter also ausgegeben haben für

Ernährung	399,66 M.
Wohnung	106,57
Kleidung	79,93
Heizung und Beleuchtung	33,30
Übrige Ausgaben	46,68
Summa	666,14 M.

Was mußte der Arbeiter im Jahre 1898 ausgeben, um den nämlichen Haushalt zu führen wie 1894? Bei der Ernährung ziehen wir, um nicht zu sehr in eine detaillierte Rechnung hineinzulassen, nur Fleisch, Brotgetreide, Kartoffel, Butter und Mehl in Betracht und setzen voraus, daß die Preisveränderungen im Großhandel sich auch auf die Detailpreise übertragen haben, was in der Hauptsache auch der Fall ist. Auf Grund zahlreicher Arbeiterbudgets kann man nun annehmen, daß in den genannten Lebensmitteln etwa folgende Mengen verwendet werden: 450 Kilogramm Kartoffeln, 625 Kilogramm Brot, 98 Kilogramm Mehl, 50 Kilogramm Schweine-, 40 Kilogramm Rindfleisch, 30 Kilogramm Butter. Bei einer Berechnung dieser Mengen nach den Großhandelspreisen im Jahre 1894 würden dafür 256,14 M. zu bezahlen sein, im Jahre 1898 dagegen 285,19 M. oder 29,05 = rund 13 Proz. mehr. Sehen wir nun den überaus günstigen Fall, daß der Arbeiter für 256,14 resp. 285,19 M. auch im Kleinhandel annähernd die für ihn nötigen Mengen der genannten Lebensmittel erhalten, so würden ihm 1894 noch 143,52 M. für die übrigen Ausgaben der Ernährung geblieben sein, wofür er Gemüse, Kolonialwaren, Getränke, Milch, Tabak, Bier etc. zu deducieren hätte. Obgleich auch für diese Waren teilweise Preissteigerungen eingetreten sind, wollen wir doch diese vollständig unberücksichtigt lassen und nur zu den 256,14 M. einen 13prozentigen Zuschlag für das Jahr 1898 machen.

Rücht der Ernährung sind die Wohnungsmieten in den Jahren 1894-98 gerade für die Arbeiterwohnungen ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Aus verschiedenen Orten werden Steigerungen bis zu 20 Prozent und mehr abgegeben. Eine Erhebung der in der Textilindustrie beschäftigten Holzarbeiter von Leipzig und Umgebung bringt in dieser Beziehung für die Arbeiter von Großstädten verwandbares Material. Es sind sowohl für das Jahr 1898 wie für Anfang 1899 die Mietpreise von 1132 Arbeitern ermittelt worden. Für diese ergibt sich im Durchschnitt von 1896 auf 1899 eine Mietsteigerung von 14,8 Prozent. Würden wir mit 1894 vergleichen können, so würde die Steigerung sicherlich mehr als 15 Prozent betragen. Wir werden kaum zu hoch greifen, wenn wir die Mietsteigerung = 15 Prozent setzen. Für Kleidung ergibt sich insgesamt eine Verbilligung. Zwar dürften die Ausgaben für Schuhwerk gestiegen sein, die Fertigungsfabrikate der Textilindustrie sowie der Konfektion sind aber in den Massenartikeln gefallen. Die Verbilligung kann mit 5 Proz. angesetzt werden. Dagegen ist Heizung und Beleuchtung teurer geworden; bei Kohlen beträgt die Steigerung 10, bei Petroleum etwas über 20 Proz. Im ganzen dürfte ein Zuschlag von 10 Proz. die mächtigste Steigerung darstellen. Die übrigen Ausgaben sollen 1898 denen von 1894 vollständig gleichgesetzt werden. r. c.

China.

Die heute vorliegenden Nachrichten sind gering an Zahl und noch geringer an Zuverlässigkeit. Als Sensation des Tages wird nun zur Abwechslung wieder einmal gemeldet, daß die soeben granatam vergiftete Kaiserin-Regentin die Regierung wieder kräftig übernommen habe und die Fremden energisch schloß. Die einzig zuverlässige Meldung scheint uns in der Thatfache zu liegen, daß wirkliche direkte Nachrichten überhaupt fehlen. Und dieses Schweigen deutet sicherlich auf eine ungünstige Lage der Fremden.

Daß die Chinesen den Kampf unermüdlich weiterführen, und daß die Truppen der Mächte keine Erfolge zu erringen vermögen, beweisen die glaubwürdigen Mitteilungen aus Tientsin.

Was das Mandat Japans anbelangt, so steht es jetzt fest, daß dieser Plan an dem Widerstand Deutschlands und Russlands gescheitert ist. Es scheint uns unter solchen Umständen ausgeschlossen, daß Japan größere Aufwendungen machen wird.

Eine Gegenrevolution?

Nach Meldung aus offizieller chinesischer Quelle übernahm die Kaiserin am 30. Juni die Regierungsgewalt wieder, ernannte Hung-lu zum Premierminister und sandte einen Läufer, welcher hundert Weisen täglich zurücklegte, nach Kanking, um den Vicekönigen der Hangse-Provinzen für ihre Treue zu danken und ihnen zu empfehlen, die Fremden um jeden Preis zu schloßen.

Warum hat die Kaiserin nicht zuerst einen Läufer nach dem nur wenig entfernten Tatu gesandt, um den Mächten ihren Wiederantritt der Regierung zu verkünden? Die Nachricht gehört unzweifelhaft ins Gebiet der Kriegslügen.

Die Lage in Peking

wird jetzt ebenfalls als günstig geschildert, doch verdienen auch diese ungefähre Meldungen keinen Glauben. So meldet das „Neuerliche Bureau“ aus Tientsin vom 3. d. M., daß chinesischen Quellen zufolge die Fremden in Peking von dem vierten Prinzen-Palast Besitz ergriffen hatten, welcher der britischen Gesandtschaft gegenüberliegt und sie beherrscht; in diesem Palast hatten die eingeborenen Christen, welche sich vor den Vögern flüchteten, Zuflucht gefunden.

Grute tot, morgen rot — variieren die Zeitungs-Berichterstattung die alte Volkswaise!

Die Kämpfe in Tientsin.

Dem „Neuerlichen Bureau“ wird aus Tientsin vom 4. Juli gemeldet: Die Chinesen beschossen gestern den ganzen Tag die Fremdenniederlassungen. Ueber 150 Geschosse fielen innerhalb des Fremdenviertels nieder. Viele Häuser wurden teilweise zerstört, aber es sind nur wenige Menschenverluste zu beklagen. Die Zivilisten, die Frauen und Kinder erhielten den Befehl, in den Kellern der Stadthalle und des Astor-Hotels Schutz zu suchen. Drei Compagnien japanischer Infanterie mit einer Gebirgsbatterie und einige russische Schützen griffen die chinesischen Geschütze an, jedoch mit geringem Erfolg. Ein Zwölfschinder vom Kriegsschiff „Terrible“ trat darauf bei der Eisenbahnstation in Thätigkeit. Der Feind nahm denselben unter Feuer und traf ihn mit zwei Geschossen, wodurch die Lafette leicht beschädigt und ein Matrose verwundet wurde. Das Geschütz wurde zurückgezogen und durch ein französisches ersetzt. Das nächste chinesische Geschütz platze mitten in der Geschützstellung und verwundete drei Mann von der Bedienung. Die chinesische Artillerie feuerte gleichmäßig gut. Die Japaner verloren 1 Offizier und 2 Mann tot, 20 Mann verwundet; die russischen Verluste sind unbestimmt, ebenso die chinesischen. Es werden Anstalten getroffen, die Frauen und Kinder nach Taku und von dort nach Tschifu und Japan zu senden.

Rüstungen.

Zur Nachricht über eine schnelle Mobilmachung einer Hochsee-Torpedoboots-Division schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.“: Beabsichtigt ist die Herausendung von fünf großen neuen Torpedobooten als Dampferbooten für das Kreuzergeschwader. Die Torpedo-Inspektion ist durch das Reichs-Marineamt angewiesen worden, die Boote „S 90-94“ für diesen Zweck zur Entsendung nach China klar zu machen.

Aus Glatz wird berichtet: Dem Generalsstabs-Offizier der 11. Division, Freiherrn von Reichenstein, wurde der Rest der Festungshof verlassen und derselbe zugleich dem Stab des neuen Expeditionscorps nach China zugeteilt. — Herr von Reichenstein war zu Festung verurteilt worden, weil er — entgegen dem kaiserlichen Befehl — auf Seiten der Booren gekämpft hatte.

In welcher Weise die europäischen Mächte zur Rüstung China's beigetragen haben, zeigt eine Zusammenstellung der „Allg. Ztg.“.

In Deutschland sind für China seit dem Ende des japanisch-chinesischen Krieges 3 Panzerkreuzer, „Hai Hung“, „Hai Chen“ und „Hai Chen“, auf der Vulkan-Werft bei Stettin und 4 Torpedobootzerstörer, „Hai Lung“, „Hai Nju“, „Hai Chung“ und „Hai Hohe“ auf der Werft von Schichau in Elbing gebaut worden. Die Torpedobooten laufen 32 Seemellen. Gegenwärtig läßt China bei der englischen Schiffswerft Armstrong in Elswick zwei große Kreuzer, den „Hai Tien“ und den „Hai Tschu“ bauen, die eine Wasserverdrängung von je 4300 Tonnen besitzen. China war die erste fremde Nation, die Kriegsschiffe auf deutschen Werften bauen ließ. Sie gab bereits Ende der 70er Jahre zwei Schlachtschiffe in Deutschland in Bau und ließ Anfang der 80er Jahre drei Panzerkreuzer folgen.

Die Mächte.

Wie die „Post“ erklärt, seien sich die Mächte zwar einig, daß Japan größere Truppenmassen nach China entsenden könne, daß es aber weder eine Führerrolle übernehmen noch besondere Rechte daraus ableiten könne. Das bedeutet die Abweisung der englischen Forderung, daß man Japan das Mandat für die Niederwerfung des Aufstands übergeben solle. Es heißt aber zugleich auf die einzige Möglichkeit einer schnellen durchgreifenden Aktion verzichtet. Deutschland hat damit einem Erfolg in China die Liebessäge für Russland vorgezogen.

In England herrscht dem auch wieder eine scharfe Mißstimmung gegen Deutschland. Die „Times“ schreiben: Die deutsche auswärtige Politik spiele unveränderlich ihre Zwickmühle zwischen Russland und einer Verständigung mit England und vice versa. Das einzige Remedium gegen eine solche Schaukelpolitik sei die Verständigung Englands mit Frankreich und Russland. Die Erfahrung habe gelehrt, daß Verständigungen und selbst ein Bündnis mit Deutschland die Möglichkeit geheimer Verträge mit Dritten nicht ausschloße.

Das deutsche Regierungssystem ist eben auch nach außen hin „Sammet“-Politik, die in Wirklichkeit Jerschkungs-Politik ist. Eine nicht uninteressante japanische Stimme liegt in einer Rezension des in London lebenden japanischen Publizisten Tatzui vor, der schreibt:

Rußland nahm sich Port Arthur, das wir erobert hatten. Die Engländer nahmen Wei-hoi-wei, das wir beschossen hatten und wo das Ueberbleibsel der chinesischen Flotte sich unfremd Admetal übergab. Deutschland nahm Kiangschou, das von Rußland wegen uns gehörte. So fiel thatächlich die ganze Kiste, um welche herum wir gekämpft hatten, in europäische Hände. Und Europa dachte, es habe alles hübsch geordnet. Aber wir Japaner wußten es besser und wir warteten auf unsere Gelegenheit. Wir waren in keiner Eile — der Osten ist niemals ungeduldig — und nun ist die Gelegenheit da. Als wir kämpften, hatten wir nur die chinesische Armee und Flotte als Gegner. Europa hat aber jetzt gegen das ganze chinesische Volk zu kämpfen. Ein Erfolg ist gänzlich ausgeschlossen. Die Aufgabe, die Ordnung in China wieder herzustellen, müsse Japan allein überlassen werden. Von einem Zusammengehen mit Russland könnte nicht die Rede sein. Russische und japanische Truppen würden niemals Schulter an Schulter kämpfen. Russland sei der unversöhnliche Feind Japans, und die Japaner wüßten es. Wir haben eine Marine, welche die chinesische Flotte binnen 14 Tagen vom Meer fegen würde, und dann könnten wir, thatächlich, unbeanstandet, eine Armee von einer Viertel Million Mann Truppen, gedrillt und ausgerüstet nach besser europäischer Weise, landen. Wir würden kurzen Prozeß mit den Booren machen.

Die Japaner haben nicht übel sich die Redeweise der europäischen Chauvinisten angeeignet. Japan faßt sich eben als Militärfürst und Großmacht, die allein mit gepanzeter Faust dreinzufahren vermag.

Kong-fu-tse und die christliche Mission.

Die „Kong-fu-tse“ entnimmt dem „Lehrbuch der Religionsgeschichte“ von Ohaupio de la Saussaye, Professor in Amsterdam, folgende Stellen:

„... Auch in seiner Lehre stellte sich Konfucius auf den Boden der alten Religion; unter den Hauptthesen seiner Lehre nannte er die Kenntnis der Ordnungen des Himmels; der Gedanke an den Himmel tröstete ihn in Krüßmal. Dem steht aber gegenüber, daß er... in mehreren Aussagen die Beschäftigung mit theologischen Problemen als unnützig bezeichnete; so lange man die Wesen nicht kennt, wie soll man die Geister kennen? So lange man das Leben nicht kennt, wie den Tod ergründen? Auch sagte er einmal, daß er seit lange nicht gebetet habe. Ueber Fragen, welche sich auf die Geister und die Toten beziehen, gab er ausweichende Antworten. Im ganzen war sein Geist dem Mysteriösen abgewandt und ganz von dem Bewußt der sittlichen Pflichten durchdrungen, die er unaufhörlich einschärfte.“

Die Moral ruht auch bei Kong-fu-tse auf metaphysischen Gedanken; er saß den Menschen durchaus auf in seiner Harmonie mit der allgemeinen Weltordnung, welche die Norm der Sittlichkeit ist. In oft bezeichnender Weise Moral als Ideal und ganz von praktischen Gesichtspunkten beherrscht. Dies ist durchaus nicht der Fall. Sie richtet sich nicht nach den Umständen oder dem Nutzen, sondern nach den festen Ordnungen des Himmels und dem Beispiel längst verstorbener Weisen. Gerade, daß er seine Lehren nicht den bestehenden Verhältnissen anpassen konnte, machte, daß Kong-fu-tse oft als unpraktisch bezeichnet wurde. Nach ihm darf der Erfolg nicht das Motiv des Handelns sein. Er sah auch den Menschen nicht ins Auge, wie er ist, sondern wie er sein soll, den Idealmenschen, den Tugendhelden, den er, im Gegensatz zum sittlich-vulgären Alltagsmenschen, oft beschreibt und verherrlicht. Dieser Edle ist vor allem ein Weiser, dem Studium ergeben und damit fortwährend beschäftigt. Ueberhaupt ist er das Vorbild aller Tugenden. Voll von Ehrfurcht, aufrichtig, demütig, freundlich, gerecht, läßt er in allen seinen Verhältnissen die reinste Humanität aus. Es ist ihm jedoch dabei nicht so sehr um Anerkennung bei der Welt, als um das Wesen der Tugend selbst zu thun; auch wenn er allein ist, vernachlässigt er die sittliche Selbstaufsicht nicht, sondern giebt Acht auf sich selbst. Die goldene Regel der Reciprocität (Gegenseitigkeit), andere zu behandeln, wie man selbst behandelt sein will, befolgt er stets. So ist er in vollständiger Harmonie mit dem Himmel, nach dessen Ordnungen er sich richtet, indem er das rechte Maß, den Weg der Mitte innehält. Dem gegenüber geht der vulgäre Mensch nur seinem Vorteil oder Genuß nach; den sucht er immer in andern, statt in sich selbst; er läßt sich durch die äußeren Umstände beherrschen; sein Weg geht abwärts, während der Weg der Edlen aufwärts führt. Die Schlechtigkeit vieler Menschen und die hohen Anforderungen, die er an die Bildung des Edlen stellt, hindern Kong-fu-tse nicht, an das Dogma von der Güte der menschlichen Natur zu glauben. Tugend ist etwas Leichtes, dem Menschen natürliches; man braucht nur dem eigenen Wesen zu folgen, um auf dem rechten Weg zu verharren.“

Viele Vorschriften von Kong-fu-tse beziehen sich auf die Politik. Man suche das Volk wohlhabend zu machen und zu unterrichten; die Herrscher müssen dafür sorgen, das Volk zu ernähren, die Verteidigungsmittel in guter Ordnung zu erhalten, das Vertrauen zu erwerben. Der Staat ist gut regiert, wenn der Fürst Fürst, der Minister Minister, der Vater Vater, der Sohn Sohn ist. Die Regierenden müssen mehr durch ihr Vorbild, als durch Strafen wirken. Kong-fu-tse hat geglaubt, daß diese Idealzustände in der Vorzeit unter den alten Herrschern dagewesen seien, und daß man nur dazu zurückzuföhren brauche. Der Mittelpunkt in seiner Anschauung ist, daß die Forderungen der Moral auch in der Politik gelten läßt, die Schattenfette, daß er den Menschen nur in diesem Verhältnis zum Staatsleben aufsaß.“

Sodern diese Moralanfchauungen des 551-478 v. Chr. lebenden Philosophen, der noch heute als Ideal des Chinesentums verehrt wird, das Volk wirklich beherrschen, so begreift man nur zu gut, daß die gelben Teufel von dem christlichen Evangelium der mit gepanzertem Faust verbreiteten Nächstenliebe nichts wissen wollen. —

Politische Ueberfahrt.

Berlin, den 10. Juli.

Herrn Schlumbergers Vernunft.

Nach gelobener Schlacht hat das neueste Mitglied des Reichs, Herr Schlumberger, ein Manifest an seine Getreuen erlassen, das in dem Sage nipfelt, seine Wahl sei der „Sieg der Vernunft über den Afsinn.“

Die Vernunft, die in der Person des Herrn Schlumberger gesiegt hat, läßt sich genau analysieren. Sie besteht in der Hauptfache aus flottenfeindlichem Herikalen Protestlerium, aus einem starken Zufuß von nicht-herikalem Particularismus, aus reichlicher Garnungszöllnerei und endlich einem kleinen Schuß nationaler Weltpolitik. In der fleghaften Vernunft Schlumbergers haben, wie man sieht, viele und recht gegensätzliche Elemente Platz.

Über die Vernunft des Herrn Schlumberger enthält noch einen anderen Stoff, und vielleicht hat gerade dieser Bestandteil die erwählte Vernunft flagen lassen. Herr Schlumberger hatte nämlich, trotz protestlerischer Vergangenheit, wegen seiner neutralisierenden Äußerungen mit dem starken Mißtrauen der oppositionellen Wähler zu kämpfen. Solche argwöhnischen Leute hatten sich erinnert, daß Herr Schlumberger vor 12 Jahren in Wülhausen den Statthalter von Elsaß-Vohringen mit einer Begründungsrede empfangen habe und damit dem allen Reichsländern verhassten Diktatorsystem eine Ovation dargebracht habe.

Herrn Schlumberger war natürlich diese historische Erinnerung sehr unangenehm, an ihr hing möglicherweise der Wahlausfall. Aber Schlumbergers bewährte Vernunft wußte schnell Rath und sie trieb ihn Ende Juni in einer Wählerversammlung zu erzählen, er habe allerdings das ihm gestellte Anfinnen, den damaligen Herrn Statthalter in Wülhausen mit einer Rede zu begrüßen, zunächst abgelehnt, die Begründungsrede aber übernommen, nachdem ein Polizeikommissar zu ihm gekommen sei mit einer Liste von etwa 50 Namen, deren Träger des Landes verwiesen werden sollten, falls die Begründung des Herrn Statthalters verweigert würde.

Konnte man jetzt noch an dem guten Protestler-Herzen Schlumbergers zweifeln? Ja, er hat tatsächlich den Statthalter empfangen, aber nur mit lösendem Ingrimm hat er dieses Opfer seiner Ueberzeugung gebracht, um die Ausweisung Unschuldiger zu verhindern; seine Begründungsrede war eine Märtyrerthat! Wer hätte gewagt, an der Ehrlichkeit des angesehenen Mannes zu zweifeln — jeder aufrichtige Protestler mußte diesen Märtyrer der Reichsfeindschaft wählen.

Anderswärts war natürlich die Regierung über diese Enthüllung sehr verdrossen. Was für eine Mißstellung, daß eine Begeisterungsrede für den Statthalter auf solche expresserische Weise zu stande gebracht worden!

Unter andern Umständen hätte die Regierung den Herrn Schlumberger sofort wegen schwerster Verleumdung des Staatsanwalts ausgeliefert. Aber die Regierung bemerkserte mit bewunderungswürdiger Resignation ihren aufwallenden Born und begnügte sich, Ermittlungen über den Thatbestand anzustellen, ziemlich sorgsame Ermittlungen, die man so wenig auf Kosten ihrer Gründlichkeit überleitete, daß sie erst abgeschlossen wurden, als der Wahltag — vorüber war! Wir begreifen den inneren Schmerz der Regierung, daß sich diese Ermittlungen so lange hingen; es hätte ihr sicher eine Genugthuung bereitet, den Herrn Schlumberger noch vor der Wahl als einen Fabrikanten von Märchen zu entlarven. Indessen, es ging

eben nicht schneller, wenn man das Gebot höchster Gewissenhaftigkeit befolgen wollte — nur so konnte man erst nach der Wahlzeit den folgenden Senf aufstehen.

Wie die angestellten Ermittlungen ergeben haben, so veränderte die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ am Tage nach der Wahl der Welt, entspricht diese (nämlich die oben erwähnte Schlumbergerische) Mitteilung nicht den Thatfachen. Der in Rede stehende Besuch des Herrn Statthalters in Wülhausen erfolgte am 9. Juli 1888; bei dem abends im Centralhotel veranstalteten Festmahl hielt allerdings Herr Schlumberger die Begründungsrede und brachte ein Hoch auf den Herrn Statthalter aus. Die Ausweisung von Personen für den Fall seiner Weigerung ist aber Herrn Schlumberger weder von einem Polizeikommissar, noch sonst von einem Beamten angedroht worden. Die Ausweisung einer größeren Anzahl von Personen stand zu jener Zeit überhaupt nicht in Frage. Etwa 15 Monate vorher war von dem damaligen Kreisdirektor Hartenstein die Ausweisung verschiedener Ausländer, weil sie agitatorisch hervorgetreten seien, beantragt, vom Ministerium diesem Antrag indessen nur in beschränktem Umfang stattgegeben worden. Diese Angelegenheit, von der Herr Schlumberger wahrscheinlich Kenntnis hatte, war aber im August 1887 bereits vollständig erledigt und stand mit dem Besuch des Herrn Statthalters in keinerlei Zusammenhang.

Vaterlandlose Gesellen nennen vielleicht solche Wahlmanöver Wahlschwindel, ja sie gehen möglicherweise sogar soweit, die überaus lange Dauer des von der Regierung angestellten Ermittlungsverfahrens für eine, wenn auch ungewollte Begünstigung jenes Wahlmanövers zu halten — welsch ein Irrtum. Jenes Protestlermärchen und die verpörrte Nichtigstellung sind ausschließlich Wirkungen jener glänzenden Verunft, die gesiegt hat.

Zur deutschen Marinerüstung.

Wir sitzen hier in Stiel nur direkt an der Quelle. Die Gedanken, die Meinungen über das, was werden wird da draußen in Ostasien, werden hier am eingehendsten diskutiert; die Gemüther werden in solchem Umfange wohl kaum sonstwo in Deutschland in dieser Weise bewegt, als wie gerade in dem Hauptmarinehafen Deutschlands.

Und kein Wunder, daß es so ist! Die Beziehungen zwischen der Marine und der Zivilbevölkerung sind viel zu sehr persönlicher Art, als daß es anders sein könnte. Die vielen Hunderte von Familien, die jetzt ihren Gatten, Vater, Bruder usw. hinausziehen sehen, einem ungewissen Schicksal entgegen, sind zu eng mit der Marine verbunden, als daß sie nicht durch jeden der in den letzten Tagen ergangenen Robilmachungsbesehle für die verschiedenen Schiffe der Flotte, persönlich getroffen sein sollten.

Und die Stimmung in diesen Kreisen ist denn eine ganz, ganz andre als wie man sie aus den Berichten der bürgerlichen Blätter zu hören gewöhnt ist. Und wer diese Stimmung hat kennen lernen wollen, dem hat der heutige Sonntag die beste Gelegenheit dazu gegeben. Der letzte Sonntag ist der der Abfahrt der Panzerdivision. Und selbst wenn jemand von den Vorfällen der letzten Tage keine Ahnung hätte, heut würde er am Hafen merken, daß etwas Besonderes vor sich geht. Wie viele Fremdesind heute in Kiel eingetroffen, um noch einmal den Angehörigen zu sehen vor dem Antritt seiner weiten Reise.

Da geht der Vater und die Mutter mit ihren Jungen. Man sieht es ihnen an, sie wären nicht heute gekommen, wenn die Abreise ihres Sohns nicht bevorstände. Da harren in den ersten Nachmittagsstunden so viele auf die vollbesetzten Boote mit den Uelauern, um zum letzten Male noch mit den Verwandten den Nachmittag frei zu verleben.

So weit es möglich war, ist den Matrosen der Urlaub gewährt; bis 12 Uhr abends haben sie frei bekommen, nach all der schweren Arbeit der letzten Tage. Es scheint, als ob das Ungehe, das er zu erwarten hat, auch auf den einzelnen Matrosen eine Wirkung hervorgebracht hat. Sonst in Trupps stets lustig und in den späteren Nachmittags- und Abendstunden nicht gerade ungern zu Kaufereien aufgeleht, geht er heute vielfach einzeln, sein Wesen ist stiller.

Oder liegt dieses an den viel schärferen Bestimmungen der Robilmachung, unter denen jetzt die Leute stehen und welche ihnen am Donnerstag vergangener Woche bekannt gemacht und erst heute vor Antritt des Urlaubs wieder eingeschärft wurde?

Da stehen wir zusammen mit zwei Dekoffizieren auf dem Perron der Düsternbroder Linie der Straßendahn. „Na, wollen Sie auch mit nach China?“ reden sie sich an. „Wollen?“ Ja, wir wollen will ich nicht, aber ich werde wohl wollen müssen!“ „Ja so geht's mir auch; ich möchte nur wissen, was die Panzer dort sollen. Wir können doch keine Rollen unterlegen und damit aufs Land gehen?“ „Ja wer weiß, was daraus noch entstehen kann.“

Da treffen sich auf der Hebenloewenbrücke zwei ältere Unteroffiziere; die Frauen haben sie bei sich.

„Ach, muß Ihr Mann auch mit?“

„Ja, leider, erst fürchtete er, daß er schon mit dem „Bismarck“ mitföste, aber da ging's noch gut.“

Da kommt ein Matrose mit Paketen beladen. Er nimmt ein Segelboot, um sich nach der „Brandenburg“ überlegen zu lassen. Beim Abstoßen von der Brücke ruft ihm ein anderer zu: „Na... mußt Du auch mit?“ „Ja, sonst wäre ich in 70 Tagen losgekommen!“ „Kommt nur gut wieder!“ Ein Achselzucken ist die Antwort.

Das sind so kleine Stichproben von der Stimmung, die die abreisenden Marineerfaßt hat. ...

Es ist merkwürdig, wie der durch die Vorgänge in China bis auf den Gipfel gesteigerte Weltmachtskoller der Marineorgane sich mit den eigenen Waffen schlagen läßt. Wir hatten im „Vorwärts“ geschrieben, daß die Seeigenschaften der nach China zu entsendenden Linienfahrer nicht sehr günstig seien, der Bericht der derzeitigen Schiffs-Prüfungskommission über die Seeigenschaften sage, daß bei der Fahrt gegen hohe See der vordere Turm der Schiffe nicht zu bedienen sei, da das Schiff zu viel Wasser übernehme und auch aus gleichem Grunde die Schmelzfeuer-Kanonen in der Batterie nur zum Zell verwandt werden können.

Zu diesen Bemerkungen schreibt das Kieler Marineorgan, die „Nord-Ostsee-Zeitung“:

„Demgegenüber ist festzustellen, daß die Behauptungen des „Vorwärts“ trotz seiner Berufung auf einen angeblichen Bericht der Schiffs-Prüfungskommission unwahr sind. Daß auch Schiffe dieses Typs bei hoher See Wasser übernehme, und daß die Bedienung der Schiffsgeschütze dadurch erschwert wird, ist allerdings richtig; daraus aber Schlüsse auf unzulängliche See-Eigenschaften der Schiffe zu ziehen, ist vollkommen falsch. Gerade Schiffe dieses Typs sind in den seiner Stürme wegen belauten Golf von Bieaha bald nach ihrer Indienststellung geschickt worden und haben sich im schweren Wetter bei Windstärke 8 sehr gut bewährt. Die Behauptung des „Vorwärts“ erweist sich demnach als eine grundlose, in tendenziöser Absicht erfolgte Ausstreuung.“

Zu der See-Eigenschaft eines Hochsee-Panzers gehört nun wohl doch, daß er nicht nur bei ruhiger See seine Geschütze bedienen kann, denn dann könnte man das Schiff ja von den 365 Tagen des Jahres ruhig 360 in die Werft legen. Im übrigen haben wir die angegebenen Thatfachen der Marine-Rundschau entnommen, dem im

Reichs-Marineamt redigierten Journal. Und demselben Heft dieses Journals vom November 1896 hat auch die „Nordostsee-Zeitung“ derzeit dieselbe Mitteilung entnommen und ihren Lesern mitgeteilt.

Es freut und immer-auserordentlich, wenn wir auf Thatfachen stoßen, die darthun, daß unsere Mitteilungen so aufmerksam von unsren politischen Gegnern gelesen werden. Für eine Zeitungs-Redaktion ist es aber gut, wenn sie nicht nur die gegnerischen Organe liest, sondern auch in dem eigenen Blatte Bescheid weiß, dann kommt sie nämlich nicht in die unangenehme Lage, etwas für unwahr zu erklären, das sie selbst ihren Lesern mitgeteilt hat.

Vielleicht handelt in Zukunft die „Nordostsee-Zg.“ dementsprechend. Im übrigen bleibt der Bericht der Schiffs-Prüfungskommission doch wahr. ...

Inzwischen kommt die Meldung, daß der Kaiser zur Entsendung nach China die Mobilisierung einer Torpedoboots-Division angeordnet habe.

Die jetzigen Torpedoboots-Divisionen bestehen aus einem größeren, sogenannten D-Boot und einer Anzahl, gewöhnlich 8, kleineren S-Booten. Die neueren Divisionen werden jedoch aus Booten größerer Art, so wie die D-Boote, und in einer Anzahl von 6 Schiffen gebaut. Die Ablieferung einer solchen Division, die bei Schiffsan gebaut werden, ist jedoch bisher nicht erfolgt.

Zu dem jetzt fraglichen Zweck sollen nun zur Bildung der Division 4 D-Boote ansersehen sein.

Uns erscheint es jedoch noch fraglich, ob aus der Entsendung dieser Schiffe etwas wird, weil die Ueberführung dieser kleinen Dinger nach China doch etwas gewagt erscheint. Das Verhalten der kleinen Boote im schweren Wetter ist bisher ein sehr schlechtes gewesen. Wir erinnern nur an das Kentern des Boots S 41 im Jahre 1896 bei Jütland, an das Kentern von S 26 im September 1897 in der Elbmündung und an das Kentern von S 27 und S 28 im Juli 1898 bei Jütland. Die kleinen Boote kommen also überhaupt nicht in Frage, da sie bei einigermassen bewegtem Wasser mit ihrer eigenen Navigation genug zu thun haben. Die D-Boote haben auch nur eine Größe von 277 bis 480 Tonnen, sind also auch nur Ruhigehalen und dann können doch von den 10 Stück nicht 4 nach China gesandt werden.

Die freisinnige Zeitung hatte unlängst bemerkt, daß die deutsche Torpedoflotte in der Nord- und Ostsee im Gefolge der Schiffsflotte liege, während doch die andern Mächte durch solche Boote einen Schiffsbienst zwischen Ost und West unterhielten. Die Entsendung dieser Boote zu empfehlen, wird einem Kenner der Dinge nicht einfallen. Zu wahren Höllenfahrten würde für die Mannschaft, namentlich für die Mannschaften in den engen, schlecht ventilirten Feizräumen, auf den die Nerven gerüttelten Booten die Tour werden. —

Deutsches Reich.

Ein Manifest der Rache.

Am 25. Juli 1792 erließ der Herzog Ferdinand von Braunschweig, bevor er sich mit seiner aus Oestreichern und Preußen bestehenden Armee zum Einbruch in Frankreich anschickte, um das von der Revolution gleich Wunder hinweggefegte Gottesgnadentum des sechzehnten Ludwig wiederherzustellen, ein Manifest an das inzwischen mündig gewordene französische Volk, das gerade jetzt, wo die Mächte angeblich der Bourbon-Dynastie zu Hilfe eilen, nicht des Interesses entbehrt. Das Manifest, das anlündigte, daß der Kaiser von Oestreich und der König von Preußen die Absicht hegten, der Anarchie in Frankreich ein Ende zu machen, die gegen Thron und Altar gerichteten Angriffe zu hemmen, die gezielte Gewalt wieder zu errichten, dem König seine Freiheit und Sicherheit, deren man ihn beraubt habe, wiederzugeben und seine rechtmäßige Herrschaft wiederherzustellen, enthielt folgende Stellen:

„Die Einwohner der Städte, Flecken und Stellen, die es wagen, sich gegen die Truppen Ihrer kaiserlichen und königlichen Majestät zu verteidigen und auf dieselben zu schießen, sollen auf der Stelle nach der Strenge des Kriegesrechts bestraft und ihre Häuser eingerissen und verbrannt werden.“

„Ihre kaiserl. und königl. Majestäten machen alle Beamten bei ihrem Kopfe nach Kriegesrecht und ohne Hoffnung auf Pardon für alle Ereignisse verantwortlich. Ferner erklären sie auf Ihr kaiserl. und königl. Wort, daß, wenn das Schloß der Tuilerien angegriffen wird oder Ihre Majestäten von Frankreich die kleinste Unbill widerfährt, oder nicht auf der Stelle für ihre Freiheit und Sicherheit geforgt wird, sie eine exemplarische, auf ewige Zeiten unvergessliche Rache nehmen... werden.“

Das Manifest hatte denn auch eine elektrisierende Wirkung. Nur war sie ganz anders, als der Herzog von Braunschweig und seine Inspiratoren das erwartet hatten. Das Volk von Paris empfand den Inhalt und mehr noch den Ton des Manifestes als blutige Beleidigung, auf die es die Antwort nicht lange schuldig blieb. Am 10. August erklärte es die Tuilerien, warf es den Thron der alten Bourbonen-Dynastie in den Staub. Und als dann der Herzog von Braunschweig mit seinem Heere heranzöge, wartete, in der Kanonade bei Salm, die jungen Freiheitskämpfer der Republik die schlachterproben Vetoanen Oestreichs und Preuhens zurück.

Schon bevor der Herzog von Braunschweig sein von Ludwig XVI. selbst ihm suggeriertes Manifest erlassen, hatte Friedrich Wilhelm II. von Preußen ein Manifest erlassen, in dem er gelobte, die „Anarchie und den Schwindelgeist“ in Frankreich zu ersticken. Für diese unglückliche Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Staats dürfte nicht nur sein Schilling Ludwig XVI., sondern auch sein Nachfolger an Preuhens Thron, Friedrich Wilhelm III., der sich vor dem entarteten Sohn der durch Oestreich und Preußen auf kriegerische Abwege gedrangten Revolution in den äußersten stillen Winkel seiner demüthigten Monarchie flüchten mußte.

Das Manifest führte in seinen letzten Wirkungen nach Jena. —

Segnungen der Weltpolitik. Eine gestern bereits mitgeteilte Depesche des Gouverneurs von Bombay meldet, daß 10 320 Fälle von Cholera, von welchen 6502 tödlich verliefen, in den von der Hungersnot betroffenen Gebieten während der mit dem 30. Juni endigenden Woche vorgekommen sind. Die Zahl der bei den Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter nimmt infolge der anhaltenden Dürre rasch zu. Ein Telegramm des Vicelönigs besagt, daß Not und Hunger sich gegen jede Erwartung ausgebreitet haben und daß die Ausfichten in Rajputane und Central-Indien trübe sind.

So sieht es in einem von der europäischen „Kultur“ längst erschlossenen Reich aus. Welches Glück für die Indier! —

Die Schutztruppe der Weltpolitik. Der „Schwäbische Merkur“, ein hochgradig weltpolitisch erkranktes Blatt, wünscht eine Kolonialarmee folgender Art:

„Der Abschaum unizer Bevölkerung ist immer noch gut genug, vor Chinesen oder Negern zu fallen, das Blut unzer Soldaten aber erscheint als zu heilig für solchen Zweck! Bilden wir starke Kolonialtruppen aus der Hefe des Volks, begnadigen wir geeignete Männer aus unsren Gefängnissen zum Dienst in dieser Truppe, öffnen wir verwegenen Abenteurern den Eingang in sie, verwenden wir Offiziere, die in deutschen Garnisonen als nicht genug fair erschienen, zur

Führung der Kolonialtruppe. Gewähren wir dieser Truppe, entsprechend der hohen Gefahr ihres Dienstes, sehr hohen Sold, sorgenfreie Invalidität auf Kosten der Steuerkraft des betreffenden Landes, stellen wir sie unter drakonische militärische Disziplin und sehr verstärkte Kriegsarbeiten, aber mögliche persönliche Freiheit außer Dienst, öffnen wir der Tapferkeit und Klugheit den Eintritt in den Offiziersrang, bedenken wir vor allem über die europäische Vergangenheit jedes Einzelnen den dicken Schleier, lassen wir ihn drüben ein neues Leben beginnen, ein Leben, das nicht der Arbeit, nur dem Kampfe, nur dem Landknechtstum gewidmet ist, und wir werden in kurzen in allen unsern Gebieten über eine Kolonialtruppe verfügen, die jeden Versuch einer Empörung so blutig erstickt, wie dies orientalischen Völkern gegenüber bedingungslos nötig ist. Die Pension allein aber bürgt schon für die feste Anhänglichkeit und Treue an und für das Vaterland. Eine solche Kolonialtruppe wird unerlässlich werden zum Schutz unserer Weltmachtstellung, zum Schutz unserer heimischen Arbeit und Industrie. Die gewaltige Ablenkung aller gefährlichen Elemente wird mit als die größte Wohlthat für das Heimatland erscheinen, die früher oder später sich furchtbar rächende militärische Erziehung der Eingeborenen wird zwecklos. Die Gefahren des Klimas dürfen für eine Kolonialtruppe bei weiser Fernhaltung des Alkohols nicht überschätzt werden, denn der Mann soll drüben gar nicht arbeiten, für das ist er der Kriegsknecht, den Eingeborenen gegenüber der große Herr. Sein Dienst ist allein der Waffe geweiht. In die Kolonie gehört der Kaufmann, zu dessen Schutz der Fremdenlegionär, der Landknecht, der unruhige Abenteuerer.

Eine Verbrecherarmee, bestehend aus Raubmördern und Harmlosen, scheint uns allerdings am meisten geeignet, die europäische, die deutsche Kultur würdig zu vertreten.

Das schwäbische Blatt hat mit diesem Vorschlag einer kolonialen Verbrecherpolitik eine widerliche aber zutreffende Satire auf jene Weltbestien, Land- und Seeräuberpöbel geschrieben, die unsere Garvinistischen Banditen der Feder jetzt als höchste und heiligste Aufgabe der europäischen Zivilisation preisen und heischen. Es giebt kein wildes Volk, das auf einer so niedrigen Kulturstufe steht, wie eine Nation, der solche Vorschläge ernsthaft angeboten werden.

Fehlt nur noch als innerpolitisches Gegenstück der Vorschlag, gegen die Arbeiterbewegung Blutbunde loszulassen.

In Peking eingeschlossen sein soll der frühere „Post“-Redakteur und Unternehmer des Nordmeeres Fischer, Fink, als Repräsentant feinsten europäischer Kultur.

Stadtrichter verfolgt Afrika-reisender. Hinter dem Privat-gelehrten und Freilassenden Gottlob Adolf Krause ist von der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I in Berlin ein Stadtrichter erlassen worden. Krause, der sich nach der englischen Goldküsten-Kolonie begeben soll, hatte bereits die Anlagenschrift und den Beschluß auf Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Verleitung der deutschen Reichsregierung und deutscher Reichsbeamter zugestellt erhalten. Die Verleitung sollte darin enthalten sein, daß er Reichsbeamten vorgeworfen hätte, im deutschen Schutzgebiet Log o den Sklavenhandel gebildet, ja gefördert zu haben. Krause war früher fleißiger Mitarbeiter der „Krenz-Zeitung“.

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar. (Fig. Ver.) Wer etwa glauben möchte, daß der neueste Staatsminister, Herr Hans Luge v. Wurmb, nach den verschiedenen Pyrrhuskriegen, die er sich schon in dem heiligen Kampfe gegen die Sozialdemokratie gekostet hat, genügt wäre, mit seiner Todfeindin einen ehrenvollen Frieden zu schließen, befindet sich auf dem Holzwege. Herr Hans Luge v. Wurmb hat durch eine neuerliche Rundgebung alle darüber bestehenden Zweifel beseitigt. Als er dieser Tage die Einführung eines neuen Bezirksdirektors im zweiten Verwaltungsbezirk vorzunehmen hatte, ermahnte er den Herrn, bei allen Handlungen stets eingedenk zu sein, daß er Repräsentant der Staatsregierung (deren Tendenz sich bekanntlich durch ihn charakterisiert sei); gegen die Lebenden soll er mit Milde vorgehen, doch auch mit Strenge gegen die, welche in frivolster Weise die staatliche Autorität untergraben möchten. Das bedeutet nicht wenig, wenn man bedenkt, daß der Bezirksdirektor die nächste Weiswerde-Justanz gegen die Gemeindevorstände ist.

Ob aber nun endlich die Sozialdemokratie die Waffen streckt? —

Ob Hessen, 6. Juli. (Fig. Ver.) Der Kampf um das neue Lehrerbefoldungs-Gesetz hat nach zweitägiger heftiger Debatte in der II. Kammer zu einem Konflikt mit der Regierung geführt, der bezeichnend ist für die derzeitige parteipolitische Situation in Hessen. Wie neulich berichtet, hatte sich die II. Kammer einstimmig für die vom heftigsten allgemeinen Lehrerverein ausgehende Gehaltsstala (Antrag Wades) ausgesprochen. Wades gehört der nationalliberalen Fraktion an, deren Ehre dadurch an der Durchsetzung dieses Antrags ganz besonders engagiert war. Die Regierung erklärte demnach, nur den Eventualantrag des Centrums, Antrag Volkart, der ca. 150 000 M. weniger forderte, als äußeres Zugeständnis akzeptieren zu können. Hinter dem Centrumsantrag stand der katholische Lehrerverein, eine Sonderorganisation, die mit dem allgemeinen Lehrerverein in erbitterter Feindschaft liegt. Dadurch gewann der Kampf um das Gesetz einen politischen Beigeschmack. Das Centrum ging, nachdem die Erste Kammer der Regierung die weitestgehende Stala verworfen, natürlich sofort mit aller Energie ins Feld, um die Zweite Kammer zum Umsturz zu veranlassen, und den Antrag Volkart durchzubringen. Die Nationalliberalen aber schloßen sich, daß in keiner Sache eine Kapitulation vor dem Centrum schimpflicher für sie sei, als gerade in der Schulfrage. Ihre ganze Reputation als Regierungspartei stand auf dem Spiel. Sie suchte darum nach einem Ausweg. Herr Wades schloß seinen Antrag um zwei Drittel seiner finanziellen Tragweite ab, um ihn der Regierung mundgerecht zu machen. Man hätte nun meinen sollen, die letztere würde diesen Ausweg mit Freuden beschreiten, um sich und den Nationalliberalen aus der Zwangslage herauszuziehen. Denn die nationalliberale Fraktion ist immer noch die weitest starkste Partei der Kammer; sie steht in einem traditionellen und prinzipiellen Freundschaftsverhältnis zur Regierung und diese ist in den meisten Fragen auf ihre Unterstützung angewiesen. Eine Liebe ist doch der andern wert und das Ministerium mühte sich, daß es seine Position in der Kammer außerordentlich erschweren würde, wenn es die Nationalliberalen rücksichtslos vor den Kopf stoße, zumal in einer Frage, in der Regierung und Nationalliberale seit Jahrzehnten gegen das Centrum vereint im Felde gestanden haben.

Aber die Herren am grünen Tisch scheinen entweder der Meinung zu sein, daß sie die Nationalliberalen nicht mehr nötig haben, oder daß sie denen eben alles bieten können, ohne Gefahr zu laufen, Gleiches mit Gleichem vergolten zu bekommen. So beharrten sie denn auf ihrem absoluten Nein selbst dem abgeschwächten Antrag Wades gegenüber, der den Centrumsantrag nur noch um 50 000 M. übersteigt; eine lächerlich geringe Summe gegenüber der Mehrbelastung von ca. einer Million, die die ganze Befoldungsreform bedeuten würde. Der Antrag Wades II wurde trotzdem mit 29 gegen 18 Stimmen angenommen. Da die Erste Kammer aber wiederum der Regierung Klärendebatte durch Ablehnung auch dieses Beschlusses gewährte, so kann die Sache nochmals an die Zweite Kammer zurück. Und nun fanden sich in der That Nationalliberale, die den Weitschritt, den ihnen die Regierung verabsichtigt hatte, dankend quittierten und über den vorgehaltenen Stod sprangen. Herr Wades selbst fiel um, ihm nach Graf Oriola und einige andre. Während sich die Mehrheit ihrer Fraktionskollegen diesem schmählichen Schauspiel zu und mit höhnischen Anmerkungen begleitete sie das Votum der Umgefallenen bei der namentlichen Abstimmung. Diese aber ergab trotz des moralischen Opferstods von einem halben Duzend nationalliberaler Heidenmännern immer noch eine Majorität für den Antrag Wades II. Die Herren am Ministertisch hatten dieses

Resultat nicht erwartet und machten nun sehr lange Gesichter. Ihre Vorlage ist damit vorderhand gescheitert und sie allein tragen die Verantwortung dafür. Vielleicht bestimnen sie sich bis zum Herbst eines besseren und suchen im Verein mit der Ersten Kammer auf der Basis des Beschlusses der Volkstammer das Gesetz zu stande zu bringen.

Der Hauptschuldige im Ministerium ist der Finanzminister Reichler, der neben manchen guten Eigenschaften die gefährliche Neigung besitzt, der Kammer durch absolute Reins zu imponieren. Das Centrum hat früher solchen Ministermachtworten gegenüber schärfste Opposition vertreten, heute bemüht es sich ängstlich, seine Befähigung als Regierungspartei nachzuweisen. Die Antisemiten fielen ihrer Tradition gemäß auch diesmal bei der Abstimmung halb rechts und halb links.

Von sozialdemokratischer Seite griffen die Abgg. Ulrich und David wiederholt in den Kampf ein. Sie wiesen eindringlich auf die Notwendigkeit hin, daß die Kammer ihre eignen Beschlüsse respektiere und nicht vor Ministererklärungen kapituliere, die das legislative Mitbestimmungsrecht der Volksvertretung zum leeren Schall machen würden. Ihrem wirksamen Appell ist es wesentlich mitzuerkennen, daß die Kammer ihr Recht und ihre Pflicht dem Lande gegenüber nicht völlig vergessen hat. Mag die Regierung nun zusehen, wie weit sie mit ihrem stolzen Nie-mals kommt.

Der badische Landtag machte am Donnerstag Felerabend nach einer kontinuierlichen Periode von 110 Plenarsitzungen der Zweiten Kammer und etwa 20 Arbeitstagen des „Hohen Hauses“ der Durchlaufschleife. Die Ehre eines feierlichen Legislatur-Schlusses, wie ihn die aus Delorum gewählten bürgerlichen und adeligen Landboten zu beanspruchen haben, verlagte man ihnen dieses Mal. Der Staatsminister verlas eine Kabinettsordre, welche die Landstände einstimmen verlagte; daß auf eine Rückkehr bezichtigt wird, erfahren die Abgeordneten später in der Heimat durch einen Mias in der offiziellen „Korrespondenz“. Diese außerordentliche Heimkehrung soll mit den gegenwärtigen Hochzeitsfeierlichkeiten in der Dynastie Baden-Zählungen zusammenhängen. Zudem berührt die pompöse Apotheose dieser Gesetzgeber unsere Patrioten um so wehmütiger, da diese Kammertragung zu den mildesten und für die Regierung angenehmsten gehört, welche das letzte Jahrzehnt des sterbenden 19. Jahrhunderts aufzuweisen hatte. So angenehm und leicht wurde es den Ministern selten gemacht und selbst die Menhut und direkte Wahlrecht verließ ohne Erregung, sozusagen platonisch als Formalität. Weiß man doch, daß im Prinzip keine Partei des Landes der direkten Ausübung ihres allgemeinen und geheimen Wahlrechts mehr abhold ist und daß der Widerstand der nationalliberalen Fraktion, die nur noch mit den sieben Privilegierten der vier größeren Städte als Profurkanten der Regierung feilschen gehen will, innerlich schon gebrochen ist. Die Veteranen möchten nicht mehr in ihren parlamentarischen Jubiläumstagen unter das laubhüchliche Joß schlüpfen, der nationalliberale Nachwuchs der Zweiten Kammer steht hinter den Antisemitengigern, die das unversalgene Wahlrecht fordern und zu denen neuerdings sich das „Antisemit“ zu Recht rücksichtslos gestellt.

So wird es in den künftigen Tagungen der Volkstammer voranschreitlich zu kämpfen mit schwerem Geschütz nicht so leicht kommen. Es sei denn, daß auf dem kirchlichen Gebiet die jetzige künstliche Harmonie der beiden größten Parteien in die Brüche ginge. In der Behandlung der sozialen Materien, welche die Zweite Kammer in dieser Tagung und namentlich gegen den Schluß beschäftigten, machten die bürgerlichen Richtungen einige Konzessionen an die Unzufriedenheit mit der heutigen kapitalistischen Wirtschaft, die registriert zu werden verdienen.

Die Petition des Centralausschusses der Bauarbeiter wegen wirksamer Bekämpfung der Betriebsunfälle durch die Gesetzgebung fand in der Kommission der II. Kammer sympathische Förderung und wurde im Plenum mit allen gegen die Stimme eines konservativen Vorkommens der Regierung empfohlen überwiesen. Während der nächsten kammerlosen Zeit besorgt nun etwaige geschäftliche Funktionen der landständische Ausschuss beider Häuser, in welchem sich zum erstenmal ein Sozialdemokrat in Person des Abgeordneten Dreesebach befindet. Nächstes Jahr erlösen die Plenare der älteren Kammerhälfte, darunter jene der Parteigenossen Geel, Kramer und Schaler, und das Späthjahr 1901 bringt uns die Wahlkämpfe, auf welche sich die Genossen in Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim (Stadt und Land), Offenburg und Lörrach vorbereiten müssen, damit den vier verbleibenden Fraktionsmitgliedern der neue Nachschub zur Erhaltung und Erhöhung des jetzigen Bestands sicher nicht ausbleibt.

Ausland.

Die chinesische Krise. Die italienischen Sozialisten — gleich den Sozialisten aller übrigen Länder — nehmen, wie schon früher mitgeteilt ward, gegenüber der chinesischen Frage genau die nämliche Stellung ein, wie die deutsche Sozialdemokratie. Es versteht sich dies beinahe von selbst, denn jene Krise ist hervorgerufen durch den internationalen Kapitalismus und diesen bekämpft der internationale Sozialismus prinzipiell. Ferreri in der Kammer, Sabriola in seiner „Critica Sociale“ und im „Avanti“, Bissolati im „Avanti“ und andre haben die Frage ausführlich behandelt und es findet zwischen allen die vollständige Uebereinstimmung statt. Auch darin stimmen alle überein, daß die italienische Regierung nichts in China zu suchen hat, und daß die italienischen Interessen mit den englischen durchaus harmonieren. Sehr scharf wird das vom „Avanti“ in seiner gestrigen (Montags-) Nummer betont. Unsere italienischen Genossen fürchten, daß ihre Regierung durch die deutsche in das russische Fohrwasser gelockt werden könne.

Italien, so meinen sie, könne in Bezug auf China nur einen Wunsch haben: daß das ungeheure Reich allmählich durch friedliche Kulturarbeit dem Handel erschlossen werde. Das erstrebe England, und das einzig Bemühtige, was die italienische Regierung thun könne, sei daher, die englische moralisch zu unterstützen. Italienische Kriegsgelüste in Ostasien könnten nichts nützen und nur Schaden.

Frankreich.

Der neue Gemeinderat. In der Montag-Sitzung des Gemeinderats kam es zu einer lebhaften Scene. Der antisemitische Journalist Stadtvorordneter Metz griff die Regierung sehr scharf an und überhäufte sie mit Beschimpfungen. Der Präfect des Seine-Departements erklärte, daß er die Ausfälle zu Protokoll geben und sie dem Staatsanwalt vorlegen werde. Diese Drohung entsetzte einen Sturm der Entrüstung; nicht nur die Nationalisten, sondern auch die Sozialisten protestierten gegen das Vorgehen des Präfecten.

Italien.

Der Militarismus ist nicht bloß die politische Stütze des Kapitalismus — er dient ihm auch in wirtschaftlich. In Deutschland ist es eine alte Klage, daß in Erntezeiten das Militär den Grundbesitzern Frohndienste zu leisten und die Preise der freien Arbeit herunterzudrücken hat. Diese Praxis wird jetzt auch in Italien eingeführt. Bei dem schon erwähnten Streit der Erntearbeiter in Apulien sind, wie wir dem „Avanti“ entnehmen — jetzt der Grundbesitzer Soldaten zur Verfügung gestellt worden. Unre Genossen werden deshalb in der Kammer interpellieren.

Türkei.

Konstantinopel, 10. Juli. Die Senatoren und zahlreiche Notabeln des Fürstentums Samos richteten drei Telegramme an den Sultan, in welchen sie sich über die politische Haltung des Fürsten Sananis beschwerten und denselben ungeselliger Handlungen gegen die Abgeordneten der Nationalversammlung beschuldigten.

Die Senatoren erbat den Sultan die Entsendung eines kaiserlichen Kommissars nach Samos und Unterbrechung der Rebellien der Nationalversammlung bis zu dessen Ankunft.

Konstantinopel, 9. Juli. In Smyrna sind bisher 17 Pest-erkrankungen vorgekommen, von denen 6 tödlich verliefen.

Äfrika.

Vom Boererkrieg meldet das Wolffsche Depeschenbureau: London, 9. Juli. Lord Roberts telegraphiert aus Pretoria von heute: Staatssekretär des Kranje-Freistaats Wignaut, Unterstaatssekretär Dixon, Generaladjudant Vantender und das Mitglied des Rats des Kranje-Freistaats, Kupferberger, sind gestern in Heilbron eingetroffen und haben sich ergeben. General Gutton wurde gestern von einer großen Anzahl Boeren angegriffen. Es gelang ihm jedoch, sie ohne große Schwierigkeit zurückzuschlagen.

Kapstadt, 9. Juli. Staatssekretär Wignaut und Unterstaatssekretär Dixon, welche sich in Heilbron ergeben haben, sagten, es solle eine Abordnung einflussreicher Beamten den Präsidenten Steijn auffuchen, um ihn zu überreden, sich zu ergeben.

Ob Steijn sich einfach ergeben wird, ist angehts der noch völlig ungelärten Lage in Ostasien unwahrscheinlich. Ärtiger vollends wird jetzt so lange als möglich den Guerillakrieg hinzuziehen suchen. In England sollen übrigens die Nachrichten über fortwauernde Kämpfe in Südafrika unangenehm berühren, da man den Krieg bereits als beendigt ansah. Das scheint nun freilich keineswegs der Fall zu sein.

Partei-Nachrichten.

Das Zeugniszwangsverfahren gegen den Redakteur der „Krenz-Zeitung“, Genossen Seisarth, das in der Disziplinaruntersuchungssache gegen den Landratsamts-Assistenten Richter in Schleiz bereits seit einiger Zeit gegen unsren Genossen schwebte und schon zu einer nach zurückgewiesener Beschwerde gezahlten Geldstrafe von 50 M. geführt hatte, hat jetzt einen Fortgang dadurch gefunden, daß Genosse Seisarth verhaftet wurde, als er am 10. vor dem Amtsgericht in Gera bei seiner Weigerung, Zeugnis abzulegen, verharrte. Es wird sich zeigen, wie weit man das Verfahren wegen Zeugniszwangs, das in ähnlichen Fällen selbst in der bürgerlichen Presse eine allgemeine Verurteilung gefunden hat, gegen Genossen Seisarth zu treiben gedenkt.

Eine wichtige vereinsrechtliche Frage beschäftigte am Sonnabend das Oberlandesgericht in München. Zwei Genossen waren sowohl vom Schöffengericht wie vom Landgericht zu 3 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie als Vorsteher und Leiter von Sektionen des sozialdemokratischen Vereins München durch Inserate in der Münchener Post eine öffentliche und allgemeine Einladung ergaben ließen, die vorgeschriebene Anzeige bei der Orts-polizeibehörde aber nicht beifügten.

Das Oberlandesgericht hob das Urteil und die demselben zu Grunde liegenden tatsächlichen Feststellungen wegen Verletzung des Begriffs der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft auf und verwies die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht München I zurück.

Keine japanische Delegation zum Internationalen Arbeiterkongress in Paris. Wir brachten unlängst die Notiz, daß es nicht unwahrscheinlich sei, daß der Präsident der Arbeitervereine Japans, Genosse Tomoschi Murai, auf dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris amwesend sein werde. Genosse Tomoschi Murai teilt jedoch leider von London aus, wo er kürzlich angekommen war, mit, daß er genötigt sei, sofort nach Japan zurückzukehren.

Gewerkschaftliches.

Verlu und Umgegend.

Für Rabighpauer ist die Firma Roswan u. Anauet gesperrt. Diese Firma verlangt von den Pauern, daß sie aus dem Verbands austreten sollen.

Herr Vätermeister Hugo Schröder, Besitzer der vorm. Wobelschen Brot-Fabrik und der Berliner Kornbrot-Fabrik (selber Treddowstrafe) hat jede Unterhandlung mit dem Vertreter der Lohnkommission, welcher eine gütliche Beilegung der Differenzen herbeiführen wollte, rund abgelehnt. Er erklärte, daß er mit der Lohnkommission nichts zu thun habe, und: „Sie lernen meine Meinung, da giebt's nichts weiter darüber zu reden.“ Wenn er sich nicht eines andern besinnt, kommt es Freitag zur Arbeitsniederlegung. Bis dahin ist Zugzug streng fernzuhalten. Die Lohnkommission.

Ein Tadelvotum ist Herrn Dr. Max Hirsch von seinen eigenen Leuten ausgestraft worden. Eine Versammlung des Ortsvereins der Schuhmacher Verlu I. hat nach einer zwei Versammlungsabende fallenden Diskussion folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erkennt an, daß die Erklärung, die der Abgeordnete Dr. Hirsch im preussischen Abgeordnetenhaus gelegentlich des Stachendauerstreiks im Namen der freisinnigen Volkspartei abgab, vielleicht dem manchesterlichen Standpunkt, aber nicht dem Gewerkschaftsstandpunkt entspricht, da auch der Staat die Pflicht hat, für die wirtschaftlich Schwachen einzutreten, wie dies auch vor einigen Jahren seitens der Reichsregierung im Reichstag gelegentlich des Konfektionsarbeiter-Streiks geschehen ist. Wo Minister und Volksvertreter ihr Wohlwollen den Unterdrückten bewandten.

Der Tadel bezieht sich darauf, daß Herr Dr. Max Hirsch in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. Mai gegenüber seinem Fraktionskollegen Goldschmidt, der die Ansicht äußerte, daß alles gethan werden müsse, um die beiden Parteien zu einer Einigung zu veranlassen, erklärt hatte, daß seine Partei mit der Regierung darin einverstanden sei, daß keine Einmischung in den wirtschaftlichen Kampf stattfinden solle und daß sich die freisinnige Partei nicht für befugt halte, in dem jetzigen Stadium irgend ein Urteil über den Streit abzugeben. Diese Erklärung hatte Herr Max Hirsch abgegeben, nachdem Herr v. Tzielen offen für die Große Versluer eingetreten war. Das Tadelvotum ist also rechtlich verdient.

Deutsches Reich.

Ausstand der Maler in Danzig. Am Montag haben 255 Maler und Kunstreicher die Arbeit eingestellt, nachdem nach verschiedenen Verhandlungen zwischen der Lohnkommission der Gehilfen und dem Vorstand der „Freien Meisterorganisation“ eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die Arbeiter verlangen einen Mindestlohn von 35 Pfg. für Anstreicher und 40 Pfg. für Maler. Bedürfnislose Arbeitszeit mit erhöhten Lohnsätzen für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit.

Metallarbeiterstreik in Halle. In den Ausstand getreten sind gestern nachmittags sämtliche Schlosser und Dreher der Firma Beckram, Leigtmaschinenfabrik. Es handelt sich um Differenzen betreffs Anstellung eines neuen Meisters. Die Firma beschäftigt 23 Gesellen, die sämtlich im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sind. Der Schlosser Reichendach, der von dem Fach sehr wenig versteht, was daraus hervorgeht, daß er als sog. Vorknackel an einem Bohrwerk, das gewöhnlich von Arbeitern bedient wird, beschäftigt wurde, sollte Meister werden, weshalb die Arbeiter anmahnen, der alte Meister, mit dem die Leute sehr gut auskamen, würde von seinem Posten verdrängt werden. Reichendach hatte am 1. Mai ganz allein von den Gesellen gearbeitet und wiederholt als Arbeitswilliger allein Ueberstunden gemacht. Auch dieser Ausstand mit veranlaßte die Metallarbeiter, nicht als Meister anzuerkennen. Die bürgerliche Presse wird wieder von Terrorismus faulen.

Die Leipziger Stenographen-Juung hat die Forderung der Gehilfen mit einer allgemeinen Auslieferung beanwortet. Bisher haben sich 104 Auszubildende bzw. Ausgesperrte bei der Streikleitung gemeldet, von denen jedoch ein großer Teil bereits abgereist

ist, so daß zur Zeit noch 93 Ausständige zu unterstützen sind. Die Ausständigen haben sich zur Verfolgung der Streitigkeiten an das Stadtverordneten-Kollegium gewandt, gleichzeitig ist das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen worden.

An die Textilarbeiter aller Länder! Arbeitsbrüder!

Der internationale Textilarbeiter-Kongress in Roubaix 1897 hat beschloffen, den vierten internationalen Kongress in Deutschland abzuhalten. Die deutschen Textilarbeiter haben die Vorbereitungen getroffen und laden wir alle Nationen freundlich ein. Der vierte internationale Textilarbeiter-Kongress wird vom 18. bis 20. Juli 1900 in Berlin im Gewerkschaftshaus, Engellufer 15, abgehalten.

Der Empfang der Delegierten findet Sonntag, den 15. Juli im Gewerkschaftshause statt.

Z Tagesordnung: 1. Eröffnung des Kongresses, Montag, den 16. Juli, und Prüfung der Mandate der Delegierten. 2. Berichterstattung des internationalen Sekretariats. 3. Berichte über den Stand des Gewerbes und die seit dem letzten Kongress eingetretenen Veränderungen. 4. Abschaffung von Tageslohnarbeit. 5. Abschaffung der Ueberzeit und Nachtarbeit. 6. Wie ist eine bessere Durchführung der Arbeitergesetzgebung möglich. 7. Mittel und Wege, Gesetze für die Arbeitererschaft zu erreichen. 8. Die Vertretung der Arbeiter in öffentlichen Körperschaften. 9. Wie können es die organisierten Arbeiter bewerkstelligen, dem Genuß alkoholischer Getränke in der Arbeitererschaft wirksam entgegenzutreten. 10. Wie sind die Kongresskosten zu decken.

Abänderungen und Ergänzungen der Tagesordnung sind dem Kongress vorbehalten.

Arbeitsbrüder aller Länder! Die deutschen Arbeiter laden Euch freundschaftlich ein, und wir erwarten, daß alle Nationen auf dem Kongress vertreten sind. Wir wollen gemeinsam Mittel und Wege suchen, welche geeignet sind, die schlechten Verhältnisse, unter welchen die Textilarbeiter aller Länder leiden, zu beseitigen. Durch gemeinsame Beratungen wollen wir die Wege finden, wie es uns möglich wird, in allen Ländern kraftvolle Organisationen zu schaffen.

Wir ersuchen Euch, uns sofort Nachricht zu geben, wieviel Delegierte aus Eurem Lande kommen, auch wünschen wir die Adressen der gewählten Delegierten zu erfahren, damit wir diesen das nötige Material zusenden können.

In der freundlichen Zuversicht, zahlreiche Vertreter aller Nationen begrüßen zu können, senden wir Euch den Brudergruß der deutschen Arbeiter.

Das Organisations-Komitee.

Franz Koyke, Berlin N.O. 55, Marienburgerstr. 11.
Alle Anfragen und dergl. sind an genannte Adresse zu richten.

Ausland.

Ueber den Ausstand der Schiffarbeiter in Rotterdam
liegt folgendes Telegramm des Holländischen Depeschembureaus vom 10. Juli vor: „Der Ausstand der Schiffsauslader dauert fort; die Garnison ist weiter verstärkt worden. Verschiedene Arbeitgeber engagierten in Ortschaften der Umgegend Arbeiter gegen festen Lohn, welche unter militärischem Schutz arbeiten.“

Die „Voss. Ztg.“ behauptet, daß die Arbeiter, die ausgezogen organisiert seien, eine Art Schreckensherrschaft etabliert hätten, um die Arbeitswilligen an der Arbeit zu hindern. Im Hafen selbst würden die Streikenden, die eine Flotille schnell-fahrender kleiner Dampfer gebildet hätten, jetzt durch zwei Kanonenboote und ein Panzerschiff in Schach gehalten, in der Stadt jedoch rube das Frachthandelsgeschäft fast vollständig. Der Versuch, einige mit Erz beladene Schiffe nach Amsterdam zu bringen und dort zu löschen, sei an der Weigerung der Amsterdamer Hafenarbeiter, die Ladung zu löschen, gescheitert.

Aus der Frauenbewegung.

Die Anstellung von weiblichen Hilfsbeamten in den heftigsten Gewerbe-Inspektionen hat sich aufs beste bewährt. In den kürzlich erschienenen Berichten über das Jahr 1899 wird anerkannt, daß durch die Thätigkeit der zwei Assistentinnen eine Lücke ausgefüllt worden ist. Der Darmstädter Fabrikinspektor erklärt: „Durch den direkten Verkehr der Assistentin mit vielen Arbeiterinnen sind manche Mißstände und Mängel aufgedeckt und beseitigt worden, deren Vorhandensein wohl dem männlichen Personal entgangen wäre.“ Auch der Beamte des Offenbacher Bezirks rühmt den Nutzen der Thätigkeit der Assistentin und sagt sein Urteil wie folgt zusammen:

„Die Einführung weiblicher Beamten in den Gewerbe-Aufsichtsdienst kam, wie sich nach den Verhältnissen des Bezirks bis jetzt beurteilen läßt, als ein wesentlicher Fortschritt für die Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen bezeichnet werden, namentlich auch in der Richtung, daß den Beamten, die infolge ihrer Vermittlerrolle zwischen scharf gegenüberstehenden Gegenständen sich in die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der beiden Parteien in möglichster Vollkommenheit einleben sollen, ein weiterer Einblick in diese Verhältnisse bezüglich der weiblichen Arbeiter eröffnet worden ist.“

Als ein gutes Zeichen für die Wirksamkeit kam auch das Mißbehagen angesehen werden, das die neue Einrichtung bei den Arbeitgebern hervorruft. Der Mainzer Beamte bemerkt in dieser Beziehung, daß die Aufnahme der Assistentin sich zwar „immerhin noch als befriedigende“ bezeichnen lasse. „Aber die durch die verhältnismäßig wenigen Betriebe und nur geringen schriftlichen Arbeiten hervorgerufene reichliche wiederholte Revisionsthätigkeit scheint das Entgegenkommen zu stören und besonders noch deshalb, weil das Befragen der Arbeiterinnen, wodurch manche Mißstände aufgedeckt werden, meistens nicht gebilligt wird. Daher erklärt sich dann auch zur Genüge, warum die Arbeiterinnen, laut des Inspektionsberichts, in ihren Antworten „sehr vorsichtig und scham“ sind. Grund genug, an der Einrichtung festzuhalten und sie weiter auszubauen.“

Der zweite Pariser Internationale Frauenkongress! Unter der Protection des Ministeriums des Handels findet der zweite (bürgerliche) Frauenkongress während der Ausstellung zu Paris vom 6. bis 8. September im Kongresshaus statt. Die Stellung und die Rechte der Frau sind die Hauptgegenstände des Kongresses. Dem Kongress werden die folgenden Fragen vorgelegt:

In wirtschaftlicher Beziehung die Gleichheit des Lohns.
In Bezug auf das Familienrecht gleiche Rechte für die beiden Geschlechter.

In politischer Beziehung die gleichen Rechte für Mann und Frau.

Die Beratungen des Kongresses werden in drei Sektionen stattfinden. Die erste Sektion behandelt wirtschaftliche, moralische und sociale Fragen und hat als Hauptgegenstand die Stellung der Frau in den verschiedenen Zweigen menschlicher Thätigkeit. Löhne, Wertschätzung der Arbeit der Frau in der Familie, Arbeitszeit, Hygiene sind die einzelnen Themata. In der Moral verlangt man die gleiche Moral für beide Geschlechter und Unterdrückung der Reglementierung. Die zweite Sektion beschäftigt sich mit der Erziehung und verlangt gleiche und gemeinsame Erziehung für beide Geschlechter. In der dritten Sektion werden zuerst die Gesetzgebung und das Privatrecht behandelt. Reform der Ehegesetze und Organisation der Familie sind die Hauptgegenstände. In Bezug auf das öffentliche Recht wird Zulassung der Frauen zu den öffentlichen Ämtern und gleiche politische Rechte verlangt.

Frauen in den Männer-Universitäten. Mehr und mehr bringt auch in America die Ansicht durch, daß Frauen an den Männer-Universitäten zugelassen werden können. So hat jetzt die Universität von Rochester im Staat New York bei der Feier ihres 50jährigen Bestehens angekündigt, daß sie zum September ihre

Thore den Frauen öffnet. Vor einem Jahr machten die Leiter der Universität bekannt, daß die Frauen zugelassen werden könnten, wenn 50 000 Dollars für die Einrichtung weiterer Kollegräume zusammengebracht würden. Die Frauen von Rochester haben so tüchtig gearbeitet, daß sie bis jetzt 40 000 Dollars gesammelt haben, und sie hoffen, bis zum Herbst auch die noch fehlenden 10 000 Dollars hinzuzufügen zu können.

Sociales.

Eine Versammlung der freien Vereinigung sächsischer Cris-Krankenkassen fand am 9. Juli in Leipzig statt. Anwesend waren 155 Delegierte, die 91 Krankenkassen mit insgesamt 440 000 Mitgliedern vertraten. Die Versammlung nahm u. a. Stellung zu der bevorstehenden Aenderung des Krankenversicherungs-Gesetzes und erklärte, daß zu einer Aenderung im Sinn der von dem preussischen Regierungsrat Hoffmann veröffentlichten Artikel nicht der geringste Grund vorliege. Eine solche Abtätigung müsse mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Sofern von der Reichsregierung ein derartiger Entwurf veröffentlicht werde, solle in einer sofort einberufenen Versammlung der Krankenkassen Sachsens Stellung dagegen genommen werden. Die Arbeitgebervertreter erklärten, sich in dieser Frage der Ansicht der Vertreter der Arbeitnehmer vollkommen anzuschließen.

Wegen Ueberletzung des § 115 der Gewerbe-Ordnung wurde von der Bochumer Strafkammer der Hieglemeister J. Voigt aus Weimar zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Ein ebenfalls von der Bochumer Strafkammer gefälltes gleichlautendes Urteil war aufgehoben und an die Fortsetzung zurückgewiesen worden, die wiederum zu dem obigen Urteil gelangte. Der § 115 der Gewerbe-Ordnung bestimmt bekanntlich, daß die Löhne der Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und bar auszuzahlen sind, und verbietet den Arbeitern Waren zu kreditieren. Der genannte Zwischenunternehmer hatte seinen Arbeitern Waren, die er um ein beträchtliches über den Einkaufspreis berechnete, auf Kredit geliefert. So hatte er z. B. einen Liter Bier, der ihm selbst 50 Pf. kostete, mit 70 Pf., die Flasche Bier, die er mit 7 Pf. einlieferte, mit 10 Pf. in Anrechnung gebracht. Der Fall beweist, daß hier und da die Subunternehmer des Vorgesystems zu einer Ueberverteilung des ohnehin elend gelohnten Hieglemeisterarbeiters entgegen den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung in Anwendung zu bringen suchen.

In der Frage des Koalitionsrechts wurde vor dem Breslauer Gewerbegericht eine interessante Entscheidung gefällt. Nach unserm Breslauer Bruderorgan lag der Fall folgendermaßen:

Ein Arbeiter war auf Stundenlohn beschäftigt. Am 2. Juni d. J. hatte er einen Lohn für 54 Stunden zu fordern. In diesem Tage wurde ihm ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, nach welchem er sich verpflichten sollte, aus dem Berliner Porzellanarbeiter-Verband auszuscheiden. Da er die Unterschrift verweigerte, wurde ihm die Stellung aufgekündigt. Fischer zog es vor, die Kündigungsfrist nicht abzuwarten, sondern so gleich das Arbeitsverhältnis zu lösen. Dies hatte zur Folge, daß ihm der Arbeitsverdienst im Betrag von 15,60 Mark nicht ausgezahlt wurde. Dieser Betrag bildete das Streitobjekt. Der Vertreter des Beklagten verteidigte das Vorgehen der Fabrik; sie habe sich wegen des Vertragsbruchs schadlos gehalten. Die Firma wurde kostenpflichtig verurteilt. Die Entscheidung ist von principieller Wichtigkeit.

Ein Vertragsbruch liegt vor, dieser sei aber im vorliegenden Fall durch die Maßnahme des Arbeitgebers verschuldet. Einen Arbeiter zu zwingen, aus einem Verein auszutreten, sei gesetzlich unstatthaft, es große eine solche Maßregel zu sehr in die persönlichen Verhältnisse des Arbeiters ein. Allenfalls kann der Arbeitgeber beim Arbeitsantritt sich den Austritt aus dem Verbande zur Bedingung machen; wenn der Arbeiter, wie hier, schon eine Zeitlang gearbeitet, darf auf ihn kein Druck ausgeübt werden. Die Forderung war demnach nicht berechtigt, dem Kläger wegen der Arbeitseinstellung den schuldigen Lohn einzubehalten.

Die Jahresberichte der vier heftigsten Gewerbe-Inspektionen für 1899 sind nunmehr in einem stattlichen Bande vereinigt erschienen. So sehr die Erweiterung des Umfangs zu begrüßen ist, so bedauerlich ist das gegen früher um 2 Monate verspätete Erscheinen. Es erfüllt sich aus der Ueberlastung der Aufsichtsbearbeiter mit einer Masse von technischen Gutachten und sonstigen schriftlichen Arbeiten, unter denen die eigentliche Revisionsthätigkeit empfindlich leidet. Sämtliche Beamte stimmen dies Klage an, und es wird Aufgabe der socialdemokratischen Vertreter im Landtage sein, dahin zu wirken, daß den Fabrikinspektionen eine genügende Anzahl von Schreibgehilfen zuertheilt wird, denen ein großer Teil der mechanischen Schreibarbeit übertragen werden kann.

Ein 97jähriger Greis wurde wegen Veteins in Bunzlau verhaftet. Die hilflose, vom Alter gedehene Gestalt des Greises erregte bei der Vorführung allgemeines Mitleid.

Ob es so etwas auch in China giebt, das jetzt durch das Achtmillimeter von der Ueberlegenheit der christlich-kapitalistischen Kultur Europas überzogen werden soll?

Auch eine Ansicht über die Sonntagsruhe. In der „Pharmaceutischen Wochenschrift“ lesen wir:

Wegen der Mangel einer Sonntagsruhe in den Apotheken nicht gut ist! Die Firma Vintenheit u. Co. in Berlin empfiehlt in einem den Fachblättern beigelegten Circular den Apothekern die Einführung der „Tabloid“-Chemikalien für Photographie von Vorrhough, Welcome u. Co., London. Sehr bezeichnend und doch originell ist in dem Anschreiben folgender Passus:

„Es ist erst in den Kreisen der Berufs- und Amateur-photographen bekannt, daß sich die Apotheken mit dem Verkauf von photographischen Bedarfsartikeln befassen, so wird sich bald ein großer Teil des gesamten photographischen Bedarfs auf die Apotheken konzentrieren, da diese die alleinigen Geschäfte sind, die an den Tagen, an denen am meisten photographiert wird, an Sonn- und Feiertagen geöffnet haben, an denen derartige Artikel also am meisten gebraucht werden.“

Diese Art der Ausnutzung des Mangels einer Sonntagsruhe für das in den Apotheken beschäftigte Personal dürfte wohl auch außerhalb des Reichs nicht ohne Reprimanden bleiben und das „Con Rechts“ wegen.“

Es wäre jedenfalls gut, wenn von Gesetzes wegen darüber gewacht würde, daß während des Zeitraums am Sonntag, an dem der kaufmännische Warenvertrieb verboten ist, in den Apotheken nur Medicamente verabfolgt werden.

Der chinesische Krieg.

Wien, 10. Juli. (W. Z. B.) Eine der „Vol. Corr.“ zur Verfügung gestellte, von der kompetentesten Stelle in Tokio ausgehende telegraphische Mitteilung vom 9. d. M. besagt, daß die Neuherungen der europäischen Presse, soweit sie telegraphisch bisher in Tokio bekannt wurden, bezüglich der Haltung der japanischen Regierung von einer irrigen Voraussetzung auszugehen scheinen. Japan sei allerdings bereit, vollen Anteil an der gemeinschaftlichen Aktion der Mächte zur Rettung der Gesandten und der Fremden in Peking und an der Wiederherstellung der Ordnung in Nordchina zu nehmen, habe aber die ihm zugeführte Absicht, zu diesem Zweck ein Mandat zu erlangen oder diese Aufgabe allein durchzuführen zu wollen, in keinem Stadium gehabt. Das Bestreben Japans sei von Anfang an gerichtet gewesen und sei auch gegenwärtig gerichtet auf die Erhaltung der wünschenswerten, vollständigen Harmonie sowohl zwischen der japanischen Regierung und den interessierten Mächten als zwischen diesen untereinander.

Paris, 10. Juli. (W. Z. B.) Der französische Konsul in Futschau meldet telegraphisch, daß die Lage in dieser Stadt eine ruhige ist. Der Vicekönig und der tartarische Marschall haben eine

den Fremden günstige Proklamation erlassen und fordern die fremden Kriegsschiffe auf, es für jetzt zu vermeiden, nach Futschau zu kommen. Andrejeff soll der Prinz Tuan nach einem Telegramm des französischen Konsuls in Shanghai vom 7. d. M. dem Gouverneur von Schantung befohlen haben, mit 18 000 Mann in der Richtung auf Kanking zu marschieren. Der Konsul ist der Ansicht, daß der Gouverneur diesem Befehl nicht nachkommen werde.

London, 10. Juli. (W. Z. B.) Unterhaus. Ashmead Bartlett fragt, ob Japan wegen des Widerstandes Russlands bei Beginn der chinesischen Kriese nicht Truppen nach China geschickt habe, die zur Wiederherstellung der Ordnung genügt hätten. Unterstaatssekretär Brodrick entgegnet, die Regierung wisse nichts davon, daß die russische Regierung sich in irgend einer Weise ablehnend verhalten habe. Bartlett stellt sodann die weitere Frage, ob der Entschluß Japans, Verstärkungen nach China zu senden, von der Zustimmung aller Mächte abhängt, und ob, wenn dies der Fall sei, diese Zustimmung erteilt sei. Unterstaatssekretär Brodrick erwidert, ohne auf weitere Anfragen des Vorredners einzugehen, Japan habe für die Einsetzung seiner Truppen keinerlei Bedingungen gestellt. Die auf die Vermehrung der Streitkräfte in Toky Bezug habenden Verhandlungen zwischen Großbritannien und Japan seien am 13. Juni eröffnet worden und hätten bisher ohne Unterbrechung fortgedauert. Am 22. v. M. hätte die britische Regierung ihren Geschäftsträger in Tokio angewiesen, der japanischen Regierung von der kritischen Lage der Gesandtschaften in Peking und davon Kenntnis zu geben, daß von Japans Verstärkungen nach China beordert seien, und der japanischen Regierung die Notwendigkeit einer sofortigen Aktion dringend nahe zu legen. Von dem britischen Gesandten in Peking, Mac Donald, seien bis zum 28. Mai Depeschen eingegangen, er beschreibe in der letzten eine Unterredung, die er mit dem Prinzen Tsching am 27. Mai gehabt habe und in welcher der letztere betont habe, daß er als Kommandeur der Truppen in Peking Willens sei, persönlich für den Schutz aller Fremden einzustehen. Trotz dieser Erklärung sei beschlossen worden, Wachmannschaften für die Gesandtschaft zu schicken; damals habe es aber noch nicht den Anschein gehabt, als ob ein Angriff auf die Gesandtschaften geplant sei.

London, 10. Juli. Ein Vertreter des „Reuterischen Bureaus“ hatte heute eine Unterredung mit einem Attaché der chinesischen Gesandtschaft. Letzterer sprach sich dahin aus, daß für die gegenwärtigen Wirren in China nicht die Regierung oder die Kaiserin-Witwe verantwortlich zu machen seien, sondern daß es sich einzig und allein um ein Werk des Prinzen Tuan handle. Die Chinesen sähen den Borer-Aufstand nicht mit günstigen Augen an und man hoffe, daß es der Regierung möglich sein werde, der Bewegung, die einen fürchterlichen Charakter angenommen habe, als man geglaubt habe, durch beruhigende Maßnahmen Einhalt zu thun. Es bestie alle Grund zu der Hoffnung, daß die Lage in Peking sich gebessert habe. Prinz Tsching habe nur seine eigene Armee und da er nicht stark genug, die Offensive zu ergreifen, so nötige ihn seine Partei, sich so lange defensiv zu verhalten, bis Hilfsmannschaften ankämen. Er thue, was er könne, um die Fremden zu schützen. Der Attaché gab schließlich der Ansicht Ausdruck, daß dem Prinzen das auch gelingen werde und betonte, er glaube nicht, daß die Mitglieder der Gesandtschaften ermordet seien, auch sei den Meldungen von der Vergiftung des Kaisers und der Kaiserin-Witwe kein Glauben zu schenken. (Auch dem Glauben des Herrn Attachés dürfte nicht allzu viel Glauben beizumessen sein.)

New York, 10. Juli. (W. Z. B.) Der Marine-Sekretär Long hat angeordnet, daß 500 amerikanische Seesoldaten aus den Vereinigten Staaten so schnell als möglich nach China geschickt werden. Der amerikanische Konsul Goodnow in Shanghai telegraphiert, der Gouverneur von Schantung mache bekannt, daß die Gesandtschaften in Peking am 5. Juli noch gestanden hätten und daß die Aufrechter sich zerstreuten. Goodnow bemerkt zu dieser Meldung, daß man ihr nicht allgemein Glauben schenke.

Shanghai, 9. Juli. (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Es ist schwer, Informationen aus Peking zu erlangen, da die Konsulate wegen derartigen Mitteilungen lediglich von dem Eisenbahndirektor Scheng abhängen. Scheng und andre hohe chinesische Würdenträger haben ausgedehnten Grundbesitz und man glaubt, er werde aus diesem Grunde alles in seinen Kräften Stehende thun, um die Ausländer in ihrem Bestreben, den Frieden zu erhalten, zu unterstützen. In den Arsenalen lassen sich ganze Böbelhaufen (?) in die Soldatenlisten aufnehmen, und diese können immerhin später sich der Kontrolle entziehen. Die Behörden, welche ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Verteidigung des Yang-tse richten, haben Garantien für den Schutz der Ausländer in den Häfen des Yang-tse gegeben, vorausgesetzt, daß diese Ausländer in den betreffenden Orten ihren festen Wohnsitz haben, und es soll keinem Kriegsschiff gestattet werden, Truppen zu landen. Ferner soll auch nur einzelnen Kriegsschiffen gestattet sein, die Befestigungswerke zu passieren; wenn mehrere dieselben zusammen passieren wollen, sollen sie angehalten und soll eventuell auf sie geschossen werden. Der Vorschlag Schengs, ein chinesisches Freiwilligen-corps zu bilden, ist abgelehnt worden.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Der englisch-deutsche Handelsvertrag.

London, 10. Juli. (W. Z. B.) Unterhaus. General Lauric fragt, ob in dem Handelsvertrag, über den gegenwärtig mit Deutschland verhandelt werde, Kanada von den günstigen Tarifziffern, die dem übrigen britischen Reich gewährt würden, ausgeschlossen sei, ob diese Ausschließung veranlaßt sei durch den Vorzug, den Kanada dem Mutterland und den englischen Kolonien einräume, und ob in Anbetracht des kommerziellen Verlustes, den Kanada dadurch erleide, daß seine Produkte von der Einfuhr nach Deutschland ausgeschlossen seien, man unter unangünstigen Bedingungen dorthin eingeführt werden könnten, die Regierung in Erwägung ziehen wolle, ob Kanada irgend welcher kompensierender Vorteil zu gewähren sei.

Valfour erwidert, die Verhandlungen mit Deutschland über den neuen Handelsvertrag würden auf der Basis geführt, daß derselbe auf keine Kolonie Anwendung finden solle, wenn diese nicht ausdrücklich den Wunsch äußere, daß sie in den Vertrag einbezogen werde. Der Vorredner frage wahrscheinlich auf das im deutschen Reichthum während der Handelsvertrags-Verhandlungen angenommene Geheh an. Nach diesem Gehehe habe Deutschland die Verhandlung als meistbegünstigte Nation auf Produkte aus Kanada und Barbados nicht ausgedehnt, weil nach der Anschauung Deutschlands diese Kolonien den deutschen Produkten ebenfalls nicht Meistbegünstigung gewähren. Er habe keine Kenntnis davon, daß dieses Vorgehen Deutschlands dem Handel Kanadas, der, wie er mit Freude konstatieren könne, in den letzten Jahren rapide gewachsen sei, irgendwelchen Schaden zugefügt habe.

Parlaments-Schluss in Frankreich.

Paris, 10. Juli. (W. Z. B.) Deputiertenkammer. Die Vorlage betreffend die vier direkten Steuern wird in der vom Senat genehmigten Fassung angenommen. Ferner wird eine Vorlage angenommen betreffend Verleihung von Auszeichnungen an Fremden und Ausländer aus Anlaß der Weltausstellung. Im Laufe der Beratung wird über den Vorschlag, der in bester Weise die Wahl einiger Preisrichter der Ausstellung festsetzt, die Senat verhängt. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau verliest hierauf ein Dekret, durch welches die Tagung geschlossen wird. Die gesamte Vinte erhebt sich und ruft: „Es lebe die Republik!“

Im Senat verliest nachdem das Haus einstimmig den Kredit für die Expedition nach China und die Vorlage betreffend Verleihung des Eingangs-Zolls auf Kaffee angenommen hatte, Justizminister Monis das Dekret betreffend Schließung der Tagung. **Siehe S. 1** Verlage und Unterhaltungsblätter.

Tokales.

Wie man in Berlin der Schulnot abhilft. Der Mangel an Gemeindeforschulplätzen ist gegenwärtig am größten im Norden der Stadt. Hier sind, wie wir vor einigen Tagen gezeigt haben, die „sitierenden“ Klassen am zahlreichsten, hier finden sich aber auch die meisten Mietschulen. Gleich vier Mietschulen auf einem Fleck treffen wir z. B. in dem nördlichen Teil der Schönhauser Vorstadt, nämlich zwei in der Raumerstraße, eine ein paar Schritte weiter in der Schliemannstraße und eine etwa fünf Minuten davon entfernt in der Weihenburgerstraße. Zum Oktober dieses Jahres wird nun in der benachbarten Dunderstraße endlich ein eigenes Schulhaus für eine Doppelschule fertig, ein Teil der in dieser Gegend für Schulen gemieteten Räume wird also frei. Da aber inzwischen in der nördlichen Schönhauser Vorstadt die Bevölkerung weiter zugenommen hat, so hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, schon im Oktober hier wieder eine neue Gemeindeforschule zu eröffnen. Diese neue Schule wird, wie wir hören, untergebracht — in den „frei“ werdenden Mietsräumen in der Raumerstraße. Der Schulbau in der Dunderstraße hat also wenig zur Besserung der Schulnot dieser Gegend beigetragen. Es ist, wie wir sagten: die städtische Verwaltung ist mit ihren Gemeindeforschulbauten immer um ein paar Jahr im Rückstande. Der Fall, daß Mietsräume in demselben Augenblick, wo sie von einer in ein eigenes Schulhaus überföhrdelnden Schule verlassen werden, sofort wieder von einer andren, neu eröffneten Schule bezogen werden müssen, ist nicht vereinzel, sondern kommt ziemlich oft in Berlin vor. Es giebt hier Häuser, die seit 15—20 Jahren immer von neuem zu dem Zweck gemietet werden, einer neuen Gemeindeforschule nach der andren als provisorisches Heim zu dienen. Ein solches Haus ist z. B. das oben erwähnte in der Weihenburgerstraße. Es ist als Wohnhaus gebaut und hat alle Mängel einer richtigen Berliner Mietskasernen, dient aber bereits seit 1881 (!) als Gemeindeforschulhaus. 1881 wurde hier die neu eröffnete 121. Schule untergebracht. Nachdem diese 1886 ein eigenes Schulhaus in der Prenglauner Allee bekommen hatte, mußte das Mietshaus in der Weihenburgerstraße die neu eröffnete 162. Schule aufnehmen. 1894 konnte auch diese Schule ein eigenes Schulhaus in der Danzigerstraße beziehen, aber das Mietshaus in der Weihenburgerstraße wurde nun der neu eröffneten 200. Schule überwiehen, und die hault noch heute darin. Dieser kleine Beitrag zur Geschichte eines Berliner Gemeindeforschulhauses zeigt, daß die städtische Verwaltung mit ihren Gemeindeforschulbauten gelegentlich nicht nur um ein paar Jahre, sondern sogar um ein paar Jahrzehnte im Rückstand ist. Wenn ein und dasselbe Haus seit nun bereits 20 Jahren immer von neuem gemietet werden muß, um immer wieder eine neue Schule aufzunehmen, so wäre an dieser Stelle bereits seit 20 Jahren ein eigenes Schulhaus notwendig gewesen. Die oft vorgebrachte Ausrede, es sei nicht möglich, die Entwidlung voranzuföhren und dem Schulbedürfnis rechtzeitig zu genügen, wird durch solche skandalösen Zustände handgreiflich widerlegt.

Nicht weniger als sieben Bahnhöfe der elektrischen Hochbahn sind augenblicklich im Entstehen begriffen und auch zum größten Teil im Keufieren bereits vollendet. Eine sehr interessante Bauanlage wird augenblicklich bei dem westlichsten dieser Bahnhöfe, dem an der Mörderbrücke gelegenen, vorgenommen. Der Bahnsteig erhebt sich nämlich direkt über dem breiten Kafenstreifen, der sich am Halleschen Ufer zwischen dem Promenadenwege und dem Landwehrkanal hinzieht und nach diesem zu ziemlich schräg abfällt. Infolge dieser Steigerung wird jetzt hier aus Eisen und Stein ein Unterbau hergestellt, der das gleiche Niveau mit dem Promenadenweg und dem Fahrweg einhält. Von diesem Unterbau führt dann zu beiden Seiten je eine eiserne Treppe zum Bahnsteig empor. Architektonisch sehr reich ausgestattet wird weiter nach Osten zu der Bahnhof Bellevue-Alliance-Brücke, der gegenüber dem Säulen Königgräferstraße 71 und 72 liegt und dessen Unterbau mit seinen Gewölben bereits vollständig angeführt worden ist. Der Bahnhof Prinzenstraße ist im Keufieren fertig und zeigt an dem Hause Gieselerstraße 72, durch welches von Norden her der Aufstieg zum Bahnsteig stattfindet, auch die erste auf die Hochbahn bezügliche Inschrift. Ueber den Eingangsbühnen liegt man nämlich die Bezeichnung: „Haltestelle Prinzenstraße, Eingang bezw. Ausgang“. Die ganz gleich gestalteten Bahnhöfe Kottbuser Thor und Rantaustraße sind bis auf die untere Treppenanlage gleichfalls fertig, während der große Bahnhof „Schlesische Thor“, der in monumentaler Weise angeführt wird, bereits über die Partieretage hinausragt. In demselben Zustande der Entwidlung befindet sich der Bahnhof „Warschauerstraße“, der am Kreuzungspunkt der Mühlenstraße bezw. der Stralauer Allee je ein einfaches Biletthaus erhält, die für ankommende und abfahrende Passagiere den Verkehr zwischen dem Bahnsteig und der Straße vermitteln.

Die Eiskühlwagen und die Butterabfertigung. Der Buttertransport im Sommer auf der Eisenbahn in Eiskühlwagen ist seit einigen Jahren, so berichtet „Der Eisenfelle“ in Braund, dank dem Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung, eingeföhrt worden und dadurch ist den Versendern die große Sorge von der Seele genommen, daß die auf die beste bereitete, kühl gehaltene Butter bei dem Transport in heißen Wagen weich werde, selbst schmelzen könne, wodurch das Aussehen und der Geschmack natürlich leiden muß.

Die so getrosteten Versender aber wissen vielleicht nicht, daß sie sich im Irrtum befinden, da die Butter wohl geköhlt bis nach Berlin gelangt, aber auf dem kurzen Wege von dem Bahnhof zu den Empfängern fast den gleichen Gefahren ausgesetzt ist, als früher auf der Eisenbahn. Die Füge, welche die Butter mitführen, kommen größtenteils schon des Nachts in Berlin an. Die Ausgabe erfolgt jedoch erst im Laufe des Vormittags, die Butter kommt also gewöhnlich erst um die Mittagsstunde in die Läger der Empfänger. Man kann sich nun ausmalen, in welchem Zustand die Butter geraten muß, wenn sie um 7 Uhr vormittags in die Wäterschuppen geht und bei starker Hitze 6—7 Stunden später den Empfängern eingeliefert wird. Sie kommt immer weich, oft schon in geschmolzenem Zustande an, und damit wird der Vorteil der vorangegangenen Kühlung größtenteils wieder aufgehoben. Auf ergangene Vorstellungen beraumte die Eisenbahndirektion zu Berlin Mitte Mai eine Beratung an, zu der auch Butterinteressenten eingeladen waren. Dieselben legten die Nebsthande dar, baten, die Butter um 8 Uhr morgens anzuliefern, und stellten anheim, für die größere Mühe oder Kosten einen kleinen Aufschlag auf die Frucht zu legen. Dieser Vorschlag wurde einfach abgelehnt und die Notwendigkeit einer Veränderung nicht anerkannt. Man kann nur annehmen, daß die betr. Herren nicht sachverständig und den Ausführungen des Sachverständigen nicht zugänglich waren. Es ist lebhaft zu bedauern, daß der sonstigen Entgegenkommen der Verwaltung, nachdem dieselbe löstwillige Einrichtungen getroffen hat, diese teilweise entwertet werden durch Unkenntnis der praktischen Bedürfnisse.

„Der Blick in die Zukunft.“ Wieviel Blide „das junge Berlin“ alljährlich in die Zukunft wirft. Können nur die deutschen Photographen und die Automaten-Gesellschaften beantworten. Unsere jüngeren Leser werden schon öfter Gelegenheit gehabt haben, in „Garten- oder Konzertsalonen einen Nidel in jenen geheimnisvollen Automaten zu werfen, der die Aufschrift „Ein Blick in die Zukunft“ trägt. Sobald der Obolus entrichtet ist, empfängt der Spendende ein tofarabenes Couvert, in welchem neben der Photographie einer jungen Dame oder eines jung-n Mannes ein astrologischer Lebenslauf und ein bedruckter Zettel mit den Eigenschaften der oder des Zukünftigen laut Photographie sich befindet. Mit den Photographien der

Zukünftigen“ hat es seine eigene Bewandnis. Es sind dies die Bilder derjenigen Personen, die aus irgend einem Grunde ihre Konterscheibe bei dem Photographen nicht abgeholt haben. Liegen die Bilder länger als sechs Monate, so kann sie der Photograph als Ramsch verkaufen und somit der Öffentlichkeit übergeben. Als vor etwa 30 Jahren das Geschäft mit dem Blick in die Zukunft in Berlin begann, gab es noch keine Automaten. Dafür bedienten sich Wahrsagerinnen und hausierende Italienerinnen derartiger Photographien, um den Zukünftigen aus einem kleinen Kasten „ziehen“ zu lassen. Heute wird der Blick in die Zukunft konfektioniert. Es giebt hier mehrere Engros-Geschäfte, in denen der oder die Zukünftige siz und fertig inkl. rosa Couvert hergestellt wird und der Export nach dem Deutschen Reich wird durch eine Anzahl Reisender betrieben, die per 1000 Stück abschließen. Ja, es giebt sogar photographische Ateliers, welche „Zukünftige“ auf photographischem Wege fabrizieren und sich hierzu zahlreiche Modelle halten. So soll ein bekanntes photographisches Atelier an hiesige Automaten-Gesellschaften für diesen Sommer nicht weniger als 500 000 „Zukünftige“ beiderlei Geschlechts geliefert haben.

Aus der Stadtbahn heraus verhaftet wurde gestern einer jener rohen Patronen, die es sich zur Aufgabe machen, misfahrende Damen mit regelhaften Redensarten zu beschäftigen. Der Betroffene, der 24jährige Handlungsreisende B., war von Johannishof aus mit einem Stadtbahnzug nach Berlin gefahren und erregte durch unpassende Bemerkungen und Äußerungen die Erbitterung der mitfahrenden Passagiere. Ein im Abteil befindlicher Herr, der den Durcheinander seines Verhaltens zur Rede stellte, wurde von diesem noch bedroht. Bei der Ankunft des Zugs auf dem Schlesischen Bahnhof sprang der Exzendent schnell aus dem Zug und wollte sich schleunigst entfernen. Hieran wurde er jedoch gehindert und zum Zweck der Feststellung seiner Personalien der Polizei übergeben.

Durch einen Brand in einem Straßenbahnwagen entstand gestern nachmittag um 2 1/4 Uhr am Brandenburger Thor eine erhebliche Verkehrshinderung. Ein Ringbahnwagen, der nach dem Potsdamer Thor zu fuhr, geriet, wahrscheinlich durch Kurzschluß der Kisten, in denen sich die Sammler befinden, in Brand. Das Feuer war so erheblich, daß die Fahrgäste den Wagen verlassen mußten. Der Verkehr der Pferdebahnen wurde aufrechterhalten, indem man die Wagen aus den Schienen hob und um das Hindernis herumföhrt, die elektrischen Wagen mußten dagegen liegen bleiben, bis es beseitigt war.

In seiner Wohnung erhängt aufgefunden wurde Montagvormittag der 26 Jahre alte Kaufmann Franz Werner, der im zweiten Stock des Hinterhauses Tiedstraße 5 bei dem Schneider Söh ein möbliertes Zimmer bewohnte. Werner, der aus Reichenberg in Böhmen stammt, sollte gestern Besuch von Angehörigen erhalten. Diese fanden jedoch die Thür verschlossen und mußten sie durch einen Schlosser gewaltsam öffnen lassen. Als sie dann eintraten, bot sich ihnen ein schreckliches Bild. Der junge Mann hing als Leiche am nicht pfoften. Was ihn zu dem Selbstmord veranlaßt hat, ist noch Unklar angeklärt.

Eine gefährliche Schlafstelle suchte sich Montagabend der 46 Jahr alte keltische Gustav Raabe aus der Franckstraße 5 aus, indem er sich am Nordhofen auf eine mit Vieh besadene Loggia legte. Wohl fiel er herab und schlug mit der rechten Hüfte so schwer auf das Straßenpflaster auf, daß er erheblich verletzt von einem Schuttmann in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Aufregende Szenen verursachte Montagabend kurz vor 8 Uhr in der Tramsenheit ein Droschkenfahrer Rothe, der eine Taximeterbrochste 1. Klasse fährt. Der Mann verlor in der Gollnowstraße die Herrschaft über sein Pferd und dieses jagte nun im Galopp durch die enge Straße über die Neue Königstraße in die Linienstraße hinein. Nur durch eilige Fingst konnten sich an verschiedenen Stellen die Straßengänger, namentlich Kinder, vor dem Fuhrwerk retten. Die Droschke stop wiederholt gegen Laternenpfähle, so daß ihre Schlag- und Laternenröhren in Trümmer gingen. An der Ecke der Linien- und Wartheustraße warf sich ein Schuttmann des 16. Reviers dem Pferd in die Hügel und brachte es zum Stehen. Durch einen Arbeiter, der sich neben den unversichert geliebenden Fuhrer auf den Bod setze, ließ der Beamte, der im Wagen Platz nahm, das Fuhrwerk der Wache des 16. Reviers zuföhren. Eine große Menschenmenge begleitete den Transport.

Ein Rettungswert vollbrachte Montagabend, mit Einschlag seines eigenen Lebens, ein Hauptmann einer unkrer afrikanischen Schuttruppen. Der 47 Jahre alte Koppelknecht Gustav Meier vom Heinersdorfer Weg 42 zu Weihensee legte sich um 8 1/2 Uhr, schwer betrunken, am Säliterstieg auf eine Treppe, verlor den Halt und stürzte in die Tiefe. Der Hauptmann, der gerade des Wegs kam, warf rasch seinen Rod ab und sprang dem Verunglückten unverzüglich nach. Es gelang ihm auch, ihn zu fassen und wieder ans Land zu bringen. Hier übergab er den Verletzten einem Jungen des Vorfalls, damit er ihn nach der Charité bringe. Als ein Schuttmann dazu kam, um den Namen des Retters festzustellen, war dieser nicht mehr zu sehen. Er hatte sich eilig unerkannt und unbemerkt entfernt.

Den Tod im Wasser suchte Montagabend der 96 Jahre alte Handwerker Ernst Bichel aus der Steglitzerstr. 89. Bichel, der vor sechs Jahren bei einer Landpartie im Grunewald schwer fiel, war seitdem nicht ganz gesund, arbeitete wenig und machte seiner Mutter, einer Waisfrau, bei der er wohnte, durch sein Betragen viel zu schaffen. Schließlich wurde es so arg, daß sie ihm aufgab, anderswo ein Unterkommen zu suchen, und ihn am Sonnabend abmelde. Am Montagmorgen kam er noch einmal zurück und trank mit seiner Mutter Kaffee. Dann ging er wieder weg. Die Abmeldung ärgerte ihn sehr. Um 8 Uhr abends stürzte er sich an der Kornelinsbrücke in den Landwehrkanal, wurde aber mit Hilfe eines Schuttmanns gerettet und in ein Krankenhaus gebracht. Hier bekam er einen Krampf- und Tobsuchtsanfall.

Großfeuer auf der Seeterrasse in Lichtenberg nahm in letzter Nacht die Hilfe der Berliner Feuerwehr längere Zeit in Anspruch. Auf dem umfangreichen Gelände des bekannten Etablissements befanden sich drei über zwei Stockwerk hohe, insgesamt etwa 80 Meter lange und 18 Meter tiefe Eischuppen, in denen augenblicklich gegen 90 000 Centner Eis lagerten. Die Holzwände der Schuppen waren durchweg mit einer 1 Meter dicken Holierohr versehen. Montagabend, kurz vor 12 Uhr, als nur noch wenig Gäfte anwesend waren, schlugen plötzlich hohe Flammen aus einem Schuppen, die sich rapide ausbreiteten, weil ihnen die stark getrockneten Dächer und das trockne Holz reiche Nahrung boten. Die Ortswehr war zwar schnell zur Stelle, doch war sie allein dem Elemente nicht gewachsen, weshalb Berlin im Hilfe angegangen wurde. Von hier aus eilten denn auch mehrere Löschzüge herbei, die mit mehreren Dampfstrahlwehren eingriffen und im Verein mit einigen freiwilligen Ortswehren der Umgebung das Feuer nach 1 1/2 stündiger Arbeit zum Stehen brachten. Glücklicherweise war der Wind günstig, andernfalls wären die angrenzenden Regalbahnen, Kaffeehäuser und verschiedene Verfüngungsbuden schwerlich zu halten gewesen. Die Eischuppen, die vor zwei Jahren bereits einmal niederbrannten, sind vollständig zerstört und müssen neu aufgeführt werden. Wenn sie auch lediglich versichert waren, so erwächst doch dem Besitzer bedeutender Schaden, da der größte Teil des nicht versicherten Eises vernichtet wurde. Die Flammen hatten den Himmel derart gerötet, daß das Feuer in den nördlichen und östlichen Stadtteilen Berlins beobachtet wurde. Da man glaubte, der ganze Viechhof brenne, so zogen ganze Scharen Reugieriger hinaus und beweilten stundenlang in der Nähe der Brandstelle.

Ein großes Schadensfeuer auf dem Pferdebahn-Depot in der Wadestraße wütete Dienstagmorgens stundenlang. Unmittel-

bar an der Ecke, der Thurneherstraße gegenüber, befindet sich ein langgestreckter 2 1/2 stöckiger Massivbau, dessen beide unteren Stockwerke zu Lohierwerkstätten eingerichtet sind, während das Dachgeschoss als Magazinraum diente, in dem sämtliche Decken, Rissen und Polster der Winterwagen lagerten, die von allen Berliner Straßenbahnhöfen hier eingeliefert waren. Dieser Magazinraum wurde stets unter gutem Verschluss gehalten, so daß der Ausbruch des Brandes rätselhaft erscheint. Gegen 3 Uhr nachmittags drang Rauch durch die Fenster und als Beamte die Treppen emporstürmten und die Thüren öffneten, schlugen ihnen bereits Flammen entgegen. An ein weiteres Vordringen war nicht zu denken, da die Räume total verqualmt waren. Selbst 300 neue Pferdegeschirre, die ebenfalls in den vom Brand ergriffenen Räumen lagerten, mußten aufgegeben werden. Während nun die Feuerwehr herbeigerufen wurde, machten sich die Angestellten an die Bergung der im zweiten Stock aufgestellten lackierten Wagen, die auch größtenteils mittels Fahrstuhls nach unten geschafft werden konnten. Brandinspektor Reinhardt, der den beurlaubten Branddirektor vertritt, beordnete schleunigst die ganze vierte und noch einen Zug der ersten Compagnie, so daß vier Dampfstrahlen zur Stelle waren, die in der Uferstraße und Thurneherstraße, sowie auf dem Hof des Depots aufgestellt fanden und im Verein mit etwa einem halben Dutzend Hydrantenrohren das Feuer von mehreren Seiten angriffen. Ein Ueberpringen der Flammen auf benachbarte Werkstätten wurde so zwar vereitelt, doch konnte andererseits auch nicht verhindert werden, daß nicht nur der gesamte einmal vom Feuer erfaßte Dachstuhl total eingestürzt, sondern daß auch der wertvolle Inhalt des Magazins, darunter sich auch teure Wagenhölzer befanden, vollständig zerstört wurde, so daß der verursachte Schaden sehr bedeutend ist. Infolge der starken Rauchentwicklung, die zeitweise die umliegenden Straßen in tiefes Dunkel hüllte, war das Feuer auch von entfernten Stadtteilen aus beobachtet worden. Die Ablösungs- und Ausräumungsarbeiten zogen sich hin bis in die Abendstunden.

Die „Tropfen-Sternwarte“ zählte gestern ihren hunderttausendsten Besucher. Es war ein Indier, Namens Mahub Al Lam aus Lahore, der durch seinen losbaren Turban schon das Aufsehen der übrigen Besucher auf sich gelenkt hatte. Direktor Krichenhold führte ihn persönlich durch die Säle des „Astronomischen Museums“, wo er besondere Freude zeigte an den vielen Demonstrations-Apparaten, wie Planeten, Erde- und Planetmodell, und an der farbigen Abbildung der alten Sonnenuhr von Delhi, die er aus eigener Anschauung konnte. Er durfte sich beliebig viele Himmelsobjekte zur Beobachtung mit dem Nierenfernrohr auswählen und entschied sich für die Vega, den Mond, Jupiter und Saturn. Daß er die exakte schon zu sehen bekam, als es noch vollständig hell war, legte ihn in großes Erstaunen. Beim Abschied überreichte ihm Direktor Krichenhold eine Reliefdarstellung vom Mond und die neuesten mit dem Nierenfernrohr aufgenommenen Photographien. Mahub Al Lam versprach, das älteste arabische Werk über Astronomie, das in seinem Besitz ist, dem „Astronomischen Museum“ zu überweisen und zeigte sechs interessante, vieles Neue enthaltende indische Königsbriefe, von denen er einen der indischen Abteilung des Museums für Kollektion überweisen will.

Feuerbericht. Montagabend erfolgten kurz hintereinander mehrere Alarmierungen, so nach Lüderstraße 52, Laubstr. 40, Schweinstraße 92, Gerichstr. 24, Brunnenstr. 74 und Kopenstr. 24. In diesen Fällen handelte es sich um unbedeutende Wohnungsbrände. Weihenburgerstr. 34 hatten sich Preshofen entzündet.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Gewerbe-Deputation und die Regierungs-umfrage betreffend Änderungen des Kranken-Versicherungsgesetzes. Die Circularverfügung der Regierung zu Potsdam vom 11. Juni 1900 (veröffentlicht in Nr. 157 des „Vorwärts“) unterbreitete der Rixdorfer Magistrat der dortigen Gewerbe-Deputation, um deren Meinung zu den einzelnen Fragen der Regierung zu hören. Die Verhandlung fand gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Voigt statt. Herr Voigt verlas die Fragen sowie die Äußerungen der Orts-Krankenkasse dazu und legte dann seinen eigenen Standpunkt dar, um schließlich, soweit das Wort gewünscht wurde, von der Meinung der Deputationsmitglieder Kenntnis zu nehmen. Gleich der Krankenkasse erklärte er sich aus sozial-politischen Gründen für die Ausdehnung des Kranken-Versicherungszwanges auf alle der Alters- und Invalidenversicherung unterliegenden Personen, ohne aus der Deputation Widerspruch zu erfahren. Ebenfalls sprach er sich, wie die Ortskasse, für den Zusammenschluß aller im Bezirk eines Orts beschäftigten Versicherungspflichtigen in einer allgemeinen Ortskrankenkasse und dafür aus, daß keine Ausnahme betreffs der Hans-, Betriebs- und Zimungs-Krankenkassen hierbei gemacht werde. Ein Stadtverordneter und ein Bürgerdeputierter (Zimungsmeister) hatten Bedenken gegen eine so weit gehende Centralisation, während ein anderer Bürgerdeputierter, der der Arbeiterklasse angehört, die Centralisation befürwortete. Der Bürgermeister und er verwiesen n. a. auf die große Kasse in Leipzig, die geradezu vorzügliches leiste. — Die Frage, ob die Arbeitgeber zu den Beiträgen mit der Hälfte herangezogen werden und dafür in der Verwaltung der Kasse die gleichen Rechte wie die Arbeiter erhalten sollen, hat die Ortskasse mit folgender Begründung verneint: Die Erfahrung spreche dagegen. Die Arbeitgeber murren häufig schon wegen des einen Drittels, das sie zahlen, und drohen aus Unwillen hierüber mit der Gründung von Betriebskassen. Sie beteiligten sich auch sehr wenig an der Verwaltung. Bei Wahlen erschienen von ihnen kaum jemals, wie gewöhnt werden sollten z. Bürgermeister Voigt ist derselben Ansicht und aus der Deputation wurde ihm von keiner Seite widersprochen. — Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es bei Erörterung der Frage 5, welche lautet:

Empfiehlt sich ein Anschluß der Orts-Krankenkassen an die Gemeinde-Verwaltung in der Weise, daß ein Gemeindebeamter Vorsitzender wird und die Gemeinde die Beamten anstellt? Die Ortskasse hatte im Interesse der Selbstverwaltung nachdrücklich widersprochen und Bürgermeister Voigt äußerte sich folgendermaßen: Es sei nicht richtig, immer mit Behörden und deren Beamten zu wirtschaften. Die direkt Beteiligten müßten selber meist besser, was ihnen not thue. Es scheint allerdings in den Verwaltungen nicht überall mit der Unparteilichkeit gewirksam zu werden, die eine größere Organisation unbedingt erfordert. Er beabsichtige, sich dafür zu erklären, daß ein Gemeindebeamter nur an die Spitze der Verwaltung, nicht des Vorstands gestellt werde. Im übrigen brauchten die geplanten großen Organisationen ein gutgehaltenes Beamtenpersonal, das bei dem jetzt vielfach üblichen häufigen Wechsel nicht zu erreichen sei. Ein Stadtverordneter, den der unfreiwillige Verlust seiner früheren Beamtenstellung bei einer Krankenkasse allerdings nicht gerade als unparteilich erscheinen läßt, wünschte, im Gegensatz zum Bürgermeister, einen Gemeindebeamten als Vorsitzenden, weil seiner Meinung nach unsere Kassen „eigentlich nicht Krankenkassen“, sondern Unterkunftsstellen für socialdemokratische Agitatoren seien. Der Bürgerdeputierte Krichenhold, ein Praktiker im Kassenwesen, wies diese Angriffe treffend zurück und führte an, daß der durch und durch socialdemokratische Vorstand der Rixdorfer Ortskasse einen politischen Gegner in seiner Beamtenstellung belassen habe, weil er zuverlässig und tüchtig sei. Stadtverordneter (Soz.) betonte, daß die Regierung mit ihrem Vorgehen gegen die Selbstverwaltung nicht etwa allgemeine Prinzipien — die gar nicht da seien — beseitigen wolle, sondern daß es sich lediglich

um einen Akt höherer Staatsraison, um die Bekämpfung der Socialdemokratie schlechthin zu handeln. Reich und Reich waren selbstverständlich für die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung im weitesten Umfange. — Der Bürgermeister meinte noch, daß allerdings die Krankentassen ihren Zweck nicht erfüllten, wenn darin politisch agitiert werde; dem könne und müßte jedoch die Aufsichtbehörde entgegen treten. — Aus den Reihen der Deputation wurde nichts eingewandt gegen die folgenden vom Bürgermeister aufgestellten Grundzüge: Grundätzlich soll die Krankentassen durch approbierten Ärzten obliegen, in gewissen Grenzen ist aber die Mitwirkung von Nichtärzten zu gestatten. Die Ausnahmebestimmung bezüglich der durch „geschlechtliche Ausschweifungen“ Erkrankten ist aus dem Geiz zu streichen. Zu empfehlen ist die „beschränkte freie Arztwahl“. Die Hilfsklassen sind nur als Zuschussklassen zuzulassen.

Ueber die letzten Fragen, von denen eine sich speziell mit den Socialdemokraten befaßt, ging der Bürgermeister hinweg, weil sie „die Deputation nichts angingen“.

Für die Anstellung und Befolgung der Gemeindebeamten hat nun auch die Gemeinde Wilmersdorf nach dem Vorgehen von Berlin, Schöneberg und anderen Städten ein Ortsstatut erlassen, welches jetzt vom Kreisaußschuß genehmigt worden ist. Bekanntlich hat die Regierung angeordnet, daß die Anstellungs- und Befolgungsverhältnisse sämtlicher Gemeinde-Beamten, wie das bei den Lehrern bereits der Fall ist, für die Zukunft nach einem ganz bestimmten Regulative geordnet werden. Nach dem neuen Ortsstatut der Gemeinde Wilmersdorf werden die dortigen Oberbeamten nach Maßgabe der Bestimmungen der Städteordnung vom 31. Mai 1858 und des § 14 des Gesetzes vom 30. Juli 1899 angestellt. Bei den Subaltern-Beamten, mit Ausschluß der Kanzleivorsteher, Straßenmeister und Assistenten erfolgt die Anstellung auf Lebenszeit und bei allen übrigen Beamten auf dreimonatliche Kündigung. Die Anstellung der auf Kündigung angestellten Beamten gilt aber ohne weiteres als eine Lebenszeit, falls nicht bei den Subaltern-Beamten innerhalb sechs und bei den Unterbeamten innerhalb 10 Jahren nach der Anstellung eine Kündigung erfolgt. Aus dem Normal-Befolgungsplan seien folgende Sätze erwähnt. Es beziehen der Amts- und Gemeindevorsteher ein nicht steigendes Gehalt von 7500 M. und 1500 Wohnungsgeldzuschuß, der Syndikus und die Gemeindevorsteher ein Gehalt von 5000 M., das von 3 zu 3 Jahren bis 7500 M. steigt, und 600 M. Wohnungsgeldzuschuß. Die Lebenslänglich angestellten Subalternbeamten erhalten ein Anfangsgehalt von 2400 bzw. 1800 M., steigend bis 3000 M. bzw. 3300 M. und 500 M. Wohnungsgeld. Die Aufsteigerfrist bis zum Höchstegehalt beträgt bei allen Beamtenklassen 15 Jahre.

Der Hermsdorfer Raubmord. Es kann mit ziemlicher Bestimmtheit angenommen werden, daß der Mörder des Antichocs Mole (nicht Glucke, wie bisher berichtet) der jetzt inhaftierte Lehmann ist. Wie der „L.-A.“ berichtet, hatte Lehmann einen Complicen, welcher bei dem vier Tage nach der Hermsdorfer Mordthat verübten Einbruchsdiebstahl in Berlin beteiligt gewesen und dabei mitverschuldet worden war. Nachgewiesenermaßen hat der Rumpen, dessen Name im Interesse der Untersuchung vorläufig nicht genannt wird, die meisten der Diebstahlsgegenstände mitgenommen und diesen bei seinen verbrecherischen Operationen der letzten Jahre zur Seite gestanden. Lehmann ist eine sehr große, überaus kräftige robuste Figur von ausgeprägtem Verbrechertypus, der sich jedem, der ihn das erste Mal zu Gesicht bekommen hat, fest ins Gedächtnis einprägt. Sein Genosse dagegen ist von Gestalt klein, schwächlich und verfügt nur über mittelmäßige Körperkräfte. Nun ist dieses charakteristische Landstreicherpaar gerade an dem Tage und am Abend vor der Mordthat — dieselbe geschah bekanntlich in der Nacht zum 24. Juni — in der Hermsdorfer Gegend mehrfach von dortigen Personen beobachtet worden, deren Personalbeschreibungen genau und übereinstimmend auf Lehmann und seinen Genossen passen. Es ist weiter festgestellt, daß der Antichocs Mole seinen Tod nicht durch den Schlag, den er auf den Hinterkopf erhalten, gefunden hat, sondern durch Erschlagung. Das Verbrechen kann nur derart ausgeführt worden sein, daß ein der Individuen von hinten dem Mole einen Schlag verlegte, der ihn betäubte. Im nächsten Augenblick mußten beide Verbrecher ihr Opfer in den Graben schleifen und mittels einer Schür an einem Baume aufgebunden haben. Von großer Wichtigkeit für die Untersuchung sind die Aussagen der Freundin des Lehmann. Dieselbe hatte, wie schon gemeldet, im Auftrage des letzteren die dem Mole geraubte Taschenuhr versteckt, und zwar, wie sich jetzt herausstellt, auf eine fremde Arbeitermutter, die Lehmann einem andern Arbeiter abgenommen und seiner Freundin W. für die Verpandung der Uhr eingehändigt hatte. Gerade diese Manipulation hatte den Kriminalkommissar von Tressow, der die Taschenuhr zuerst ermittelte, auf die Täterschaft des Lehmann hingelenkt, nachdem dieser bereits mehrere Tage wegen seines Einbruchsdiebstahls hinter Schloß und Riegel gesessen hatte. Als dem Lehmann dann der Mord auf den Kopf zugelegt wurde, sah er ganz verblüfft aus und gewann erst allmählich seine Fassung wieder. Bei seiner gestrigen Vernehmung vor dem Kommissar v. Tressow hatte sich L. über den Erwerb der Uhr eine neue Ausrede zurechtgemacht. Er wollte die Uhr in einem Restaurant der Müllerstraße von einem Arbeiter mit einem sehr geläufigen Sammelnamen gekauft haben, um sie dann — zu verzeihen! — auf die genaue Adresse des „Verkäufers“ laun sich L. aber noch immer nicht bestimmen. Er hat sich nur noch mehr in den Verdacht hineingeredet.

Auslösung und Neuwahl der Gemeindeverwaltung in Lichtenberg. Die Gemeindebehörden sind aus Anlaß der am 1. April 1900 erfolgten Eingemeindung des Mitterguts Lichtenberg durch Verfassung des Ministers angezweifelt worden, eine Rekonstitution der Gemeindeverwaltung vorzunehmen und ist zu diesem Zweck die Rekonstitution von Gemeindevorständen sofort angeordnet worden. Um eine Unterbrechung in der Geschäftsführung aber zu vermeiden, sollen die Körperschaften ihre bisherigen Funktionen bis zur erfolgten Neuwahl weiter ausüben. — Unsere Parteigenossen genannter Gemeinde, die ja bei den im Frühjahr erfolgten Gemeindevorsteher-Wahlen gleich im ersten Ansturm ihren drei Kandidaten mit großer Majorität zum Siege verhalfen, werden auch bei den bevorstehenden Neuwahlen mit aller Energie in den Wahlkampf eintreten; allerdings wird der Sieg kein leichter sein, denn durch die Eingemeindung wird in der Zusammenfassung der drei Wählerklassen wohl eine starke Verschiebung zu Ungunsten der dritten Klasse dadurch erfolgen, daß der bisherige Ortsbezirk eine ganze Zahl sehr feuerkräftiger Mitglieder aufweist, so daß ein großer Teil bisheriger Wähler zweiter Klasse diesmal in der dritten ihr Wahlrecht ausüben müssen. Also, Parteigenossen, frisch ans Werk!

Gerichts-Zeitung.

Der große Einbruchsdiebstahl beim Staatsminister a. D. Grafen Eulenburg, der in der Nacht zum 28. September in dessen Wohnung in der Viktoria-Allee verübt wurde, beschäftigte gestern die IX. Strafkammer des Landgerichts I. Es wird noch in Erinnerung sein, in welcher dreisten Weise der Diebstahl begangen worden ist. Der Dieb hatte seinen Weg über die Mauer des Bellevueparks genommen und war durch das geöffnete Fenster in das neben dem Schlafzimmers belegene Toilettenzimmer des gräflichen Ehepaars eingedrungen. Es fiel ihm eine äußerst reiche Beute im Wert von mindestens 25 000 M. in die Hände. Hierunter befanden sich ein dreizehntägiges Perlenhalsband mit Brillantbesatz, goldene Armbänder, Broschen, Armbänder, Ringe, silberne Dosen und Kästchen, Porzellanstücke mit mehreren hundert Mark Inhalt, Taschen und Federn. Fast die gesamten Schmuckstücke der Gattin waren gestohlen worden. Erst nach langer Zeit ist es gelungen, den oder einen der Entführer in der Person des gestern aus der Untersuchungsanstalt vorgeführten Arbeiters Franz Wunderlich

zur Verantwortung zu ziehen. Der Angeklagte, ein wegen ganz ähnlicher Einbruchsdiebstahle bereits vorkräftiger arbeitsscheuer Mensch, konnte sich zu einem Geständnis nicht bequemen. Er erzählte dem Gerichtshof eine ganz unglückliche abenteuerliche Geschichte. Am 17. Oktober 1898 sei er von Spandau nach Berlin gefahren und habe dort auf dem Friedrichstraße-Bahnhof einen Gepäcks-Verwahrungsschein gefunden. Auf Grund des Scheines habe er an der Verwahrungsstelle einen schwarzen Koffer erhalten. Er habe denselben geöffnet und dabei die genannten Schmuckstücke und Gegenstände gefunden. Den Koffer habe er durch einen Dienstmann wieder an der Verwahrungsstelle abgeben lassen und den Zettel zerrissen. Der Angeklagte hat hierauf die Schmuckstücke nach und nach verkauft und mit seiner „Frau“, der Blätterin Hedwig Danderski eine abenteuerliche Reise bis nach der Schweiz gemacht. Zuerst gingen beide nach Hannover, wo sie gemeinsam wirtschafteten. Die Danderski behauptet, daß ihr der Angeklagte erst hier die Schmuckstücke gezeigt und erzählt habe, er habe sie in Hannover in der Georgstraße gefunden. Sie hat berichtet, in Hannover bei einem Juwelier 40 Perlen zu verkaufen, wurde jedoch mit dem Angeklagten zusammen verhaftet. Bei der Hausdurchsuchung wurde bei ihnen jedoch nichts gefunden und beide wurden wieder aus der Haft entlassen. Sie blieben noch 3 Tage in Hannover und fuhren dann nach Frankfurt am Main. Von hier aus ging die Reise über Heidelberg, Stuttgart und Ulm nach Zürich. Sie verkauften ein Schmuckstück nach dem andern. Mehrfach hat der Angeklagte auch gegen Perlen Uhren und Ketten, auch ein goldenes Herz eingetauscht, und seiner Frau damit Geschenke gemacht. In Zürich wurde der Angeklagte endlich verhaftet. Er schrieb seiner Frau einen zärtlichen Brief, worin er bedauerte, nicht gewußt zu haben, daß die Schweiz auslieferer, und sie ermahnte, bei der verabredeten Aussage zu verbleiben. Eine Woche später wurde die Danderski verhaftet. Sie ist inzwischen wegen Hehlerei zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Dem Angeklagten gelang es, auf dem Transport in Nordhausen zu entweichen. Er trieb sich noch längere Zeit umher, ließ sich in Gera unter falschem Namen in die Gefangenenbücher eintragen und wurde erst nach Monaten wieder ergriffen. Graf Eulenburg hat die gestohlenen Perlen bis auf dreihundert Stück zurückgehalten; von den übrigen gestohlenen Sachen konnten ihm nur Brillanten im Werte von 100 Mark wieder festgestellt werden. Er behauptete, daß nach seiner Auffassung der Diebstahl nur von mehreren Personen ausgeführt sein könne. Ein Verdacht gegen das Hauspersonal sei ausgeschlossen. Der Gerichtshof hielt mit dem Staatsanwalt die Geschichte des Angeklagten für ein Märchen. Der Angeklagte sei an dem Einbruch zweifellos als Mithäter beteiligt. Der Angeklagte wurde wegen schweren Diebstahls und intellektueller Urkundenfälschung — begangen durch die Kenning des falschen Namens in Gera — zu 6 Jahren 7 Monaten Zuchthaus, Schwerer Verlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht verurteilt.

Der Firma S. Jandorf u. Co. war vom Berliner Polizeipräsidenten ausgegeben worden, die Kellerräume in ihrem Geschäftshaus Viktoria-Allee-Strasse Nr. 1 nicht mehr für Zwecke der Expedition, zur Warenangelegenheit, zur Aufnahme und Ausgabe von Waren, sowie zum Verkauf von Glaswaren benutzen zu lassen. Die Behörde berief sich auf § 37 Nr. 2 und 3 der Hauspolizeiordnung vom 15. August 1897 und führte aus, jene Räume seien nicht zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt, weil sie mit Rücksicht auf ihre Lage zum umgebenden Erdreich nicht den Anforderungen der angezogenen Gesetzesstellen entsprächen. Sie dürften nur Lagerzwecken dienen. Die Firma beschwerte sich vergeblich beim Oberpräsidenten und klagte dann beim Ober-Verwaltungsgericht, indem sie geltend machte, daß die einzelnen Personen, die in den fraglichen Kellerräumen zu thun hätten, sich dort täglich nur wenige Stunden aufhalten dürften. Das sei kein dauernder Aufenthalt von Menschen. Der 4. Senat erklärte die Klage schon aus formellen Gründen für erledigt, ging aber auch, dem Wunsch der Parteien entsprechend, auf die sehr wichtige materielle Seite der Sache ein. Senatpräsident von Meppen führte aus: Der Gerichtshof habe kein Bedenken, anzudeuten, daß die Klage aus materiell hätte verworfen werden müssen. Bei Anwendung der Hauspolizeiordnung sei entscheidend die Zweckbestimmung der Räume und ob damit nach Maßgabe des gewöhnlichen wirtschaftlichen Lebens ein dauernder Aufenthalt von Menschen verbunden sein kann. Bezüglich der Lagerzwecke treffe das unabweisbar nicht zu. Die anderen (oben angeführten) Bestimmungen, denen die Klägerin die Kellerräume gewidmet habe, seien indessen solche im gewerblichen Leben, die sehr wohl zu einem dauernden Aufenthalt von Menschen führen könnten. Da nun die Polizeiverordnung nur mit der objektiven Bestimmung der Räume und damit rechte, wie die Bestimmung auf den Aufenthalt von Menschen wirken könne, so sei es gleichgültig, ob die Firma Einrichtungen treffe, die für die Einzelnen einen nur verhältnismäßig kurzen Aufenthalt im Keller nötig machten. Die tatsächlichen Verhältnisse würden ewig wechselnde sein und der Polizei eine genügende Kontrolle nicht ermöglichen. Einzig und allein maßgebend sei die Bestimmung der Räume und nicht die jeweilig wechselnde tatsächliche Benutzung.

Versammlungen.

Eine Mitglieder-Versammlung der Zementwerker und Berufsgenossen, Jahrestelle IV, des Centralverbandes der Maurer Deutschlands tagte am 4. Juli. Der Referent, Maurer Schulz, gab einen 1/2stündigen, von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Wie führt man eine Lohnbewegung“. Die deutsche Zement-Verbandschaft wurde auch für fernherhin gesperrt erklärt. Es wurde jedem Kollegen ans Herz gelegt, nicht dorthin zu arbeiten. Als erster Schriftführer wurde an Stelle des Kollegen Stodhaus der Kollege Krömer, als Kassenrevisor an Stelle des Kollegen Gese der Kollege Shadow gewählt. Nach dem Schlußwort des Referenten schloß der erste Vorsitzende mit einem Hoch auf die Jahrestelle die Versammlung.

Der Ortsvorstand der Maschinen- und Metallarbeiter, Berlin VII, Müllerstr. 161, nahm in seiner Sitzung am 7. Juli nach gehörigem Vortrag über die Steigerung der Wohnmieten folgende Resolution einstimmig an:

„Der Ortsvorstand der Maschinenbauer und Metallarbeiter, Berlin VII, spricht seine tiefste Enttäuschung über die grundlose Steigerung der Wohnmieten aus und erklärt, daß diese Steigerung dem schlimmsten Wucher gleich, welcher entschieden zu verurteilen ist.“

Eine öffentliche Schneider-Versammlung, die am Montag in den Arminshallen tagte, befaßte sich mit dem Streik bei der Firma Vortrefflich. Wie der Vertrauensmann Ritter berichtete, hat die genannte Firma schon seit Wochen den Versuch gemacht, die Tarifsätze, welche sie infolge der Lohnbewegung in diesem Frühjahr ausser Acht hat, herabzusetzen. Von zwei Schneidern, die kürzlich für die Innehaltung des festgesetzten Tarifs eintreten, ist der eine entlassen, dem andern gefänglich worden. Daraus haben am Dienstag sämtliche Schneider der Firma Vortrefflich — es sind deren 41 — die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen Wiedereinstellung der beiden Gemahregelten, Anerkennung des Tarifs und Entlassung eines Streikbrechers. Dieser Streik hat ein über die unmittelbaren Beteiligten hinausgehendes Interesse insofern, als auch andere Firmen bereits versuchen, an den tariflichen Vereinbarungen, die sie im Frühjahr mit den Arbeitern getroffen haben, zu rütteln. Diese Firmen würden in ihrem Vorgehen ermutigt werden, wenn es nicht gelänge, den Kampf um Anerkennung des Tarifs bei der Firma Vortrefflich zu einem für die Streikenden günstigen Abschluß zu bringen. — Die Versammlung nahm eine Resolution zu Gunsten des Streiks an, worin den Streikenden die weitgehendste Sympathie zugesichert wird.

Die Textilarbeiter und Arbeiterinnen hielten am Montag eine nur mäßig besuchte Versammlung im Gewerkschaftshaus ab.

Zu dem vom 16.—20. Juli cr. in Berlin stattfindenden internationalen Textilarbeiter-Kongress wurde Hüßch einstimmig als Delegierter gewählt. Naich und Pfeiffer als bisherige Vertreter beim Gewerbegericht, Kammer II, berichteten hierauf über ihre Tätigkeit und beide Redner bemerkten übereinstimmend, daß bei Arbeitgeberern wie bei Arbeitnehmern leider immer noch eine bedauernde Unkenntnis in Klagenfällen, wie auch über die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung sich bemerkbar mache. Die Arbeiterinnen kümmern sich aber am wenigsten darum, weshalb sie auch von gewissenlosen und raffinierten Arbeitgebern am meisten unter dieser Unkenntnis zu leiden haben. In viele Arbeitgeber ließen sich mit Abbitte verlegen, um die Arbeiter zu schädigen. Einem bekannten Strawatten-Fabrikanten sei aber glücklicherweise sein Handwerk gelegt worden. Bedauerlich sei es auch, daß vielfach Pfeiffer mitwirken veranlaßt würden, denen der erforderliche Einblick in die fachgewerblichen Verhältnisse mangle. Deshalb möge man bei der Neuwahl von Pfeiffern darauf Bedacht nehmen, daß auch einige Wähler dazu ernannt würden. Den Arbeitern aber müsse immer wieder empfohlen werden, bei Beginn einer neuen Arbeit sich über Preis und sonstige Arbeiterverhältnisse genau zu unterrichten. Als Kandidaten für die bevorstehende Neuwahl zum Gewerbegericht wurden Quast, Spann und Laß einstimmig ernannt, woraufhin Schluß der Versammlung erfolgte.

In einer öffentlichen Dienstboten-Versammlung, welche am Mittwoch, den 11. Juli in den Auguste-Viktoria-Sälen, Luthersstr. 31, stattfand, werden die Herren Redakteure H. v. Gerlach und Emil Perlmann über: „Wie kann die Dienstboten-Kalamität beseitigt werden“, referierten.

Landmannschaft der Schleibitz-Golsteiner. Vereinsfestal ist vom 1. Juli d. J. ab Arminshallen, Kommandantenstraße 20. Mittwoch, den 11. Juli 1900, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung. Landleute, auch Damen sind willkommen.

Vermishtes.

Arbeiter-Risiko. Wie „Etoile Belge“ aus Mons meldet, brach in der vergangenen Nacht im Schacht 19 der Grube Levant du Fleury Feuer aus. Man fürchtet, daß dasselbe sich über die ganze Grube verbreiten werde. Die Richtigkeit konnte sich in Sicherheit bringen. Mehrere Häuser sind bedroht.

Er mordung einer Prostituirten. Ein 17 Jahre alter Zuhälter hatte nachts auf der Theresienwiese in München seine Geliebte, ein 16 1/2 Jahre altes Mädchen erstochen, weil sie ihm zu wenig von einem solchen soeben gemachten unfauberen Erwerb abliefern. Sein Bruder — ebenfalls Zuhälter — und dessen Geliebte waren in der Nähe und hörten das Mädchen um Hilfe rufen, kamen ihr aber nicht zu Hilfe. Ja sie halfen die Ermordete in eine Stellung bringen, daß man annehmen sollte, es sei ein Luftmord begangen worden. Der Mörder erhielt 15 Jahre Gefängnis, sein Bruder 4 Jahre, dessen Geliebte 5 1/2 Monate. Die ersten drei sind aus Niederbayern, die letzte aus Franken.

Hochsommer. Die „Münch. Allgem. Ztg.“ schreibt: Die ununterbrochenen Regengüsse der letzten Tage haben auch einen empfindlichen Kältereisenschlag gebracht. Als Sonntagabend im Gebirge nach einem überaus regnerischen Tage sich die Wolkenschleier von den Bergen hoben, zeigten diese sich in blendend weissem Schneegewand. Selbst die Vorberge, wie Benediktinerwand, Herzogstand, Heimgarten etc. waren frisch angepöbelt, und zwar hatte der Schnee beim Unterfischhaus am Herzogstand eine Höhe von 20 Centimetern erreicht.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Monatsnummer mitzuteilen. Fragen ohne solche Weisen nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

A. S. Glaser. Solche Sprechstunden sind angelegt. Sie wenden sich an die Stützungsdeputation Poststr. 16.

R. 33. Fragen Sie an bei dem Vorstand durch die Adresse: Lammé, Gosenstraße 72.

R. 100. Ohne Angabe, auf was sich Ihre Anfrage bezog, ist nicht zu ersehen, ob Ihre Annahme zutrifft oder ob die Antwort unter d. S. 100 im „Vorwärts“ vom 6. Juni Ihre Sache betrifft. — R. 74. Das hängt von der Lage des Eingekasseten ab; im allgemeinen: nein. — R. 1. Das uneheliche Kind ist hinter seiner Mutter erberechtigt. — R. 2. Kein; der Eigentümer kann mit seinem Vermögen machen was er will. Ein Erbschaft in den Nachlass des Mannes der Mutter hat deren uneheliches Kind nicht. — Richard Müller. Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. — R. 2 und 3 durch 1 erledigt. — R. 2. W. 100. Ja. — R. Schmalz. Entschuldigung nicht den Anforderungen einer Berichtigung. — G. A. Bankow. 1. und 2. Nein. — R. E. E. A. Fredericksdorf. Dieß ist kein Betrug vor, so kann noch bis am 3. des Quartals gekündigt werden. — 100. Ja. — R. P. Wilhelmshagen. 1. Ja. 2. Auch diese Frage ist zu bejahen. Zu der Regel wird Qualifikation als Reserve-Lieutenant verlangt. — Wetteide. 1. Nicht. 2. Der Vater eines nach dem 1. Januar 1900 geborenen unehelichen Kindes hat unstrittig kein Recht, das Kind von vollendetem 4. Lebensjahr ab in eigene Pflege zu nehmen, eventuell die Fortzahlung der Alimente zu verweigern. Ob dem Vater eines vor dem 1. Januar 1900 geborenen Kindes solches Recht noch zusteht, ist freilich nach zutreffendem Anhalt ist diese Frage zu verneinen, weil das ausnahmsweise Recht, die Erziehung mit jenen eventuellen verminderten Folgen zu begehren, nicht oder nicht allein die Unterhaltspflicht, sondern das Erziehungsrecht betrifft. Die Regelung des Erziehungsrechts ist aber lediglich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgt. — W. Schumann. 1. Die Pfandung ist zulässig. Hierin ist keine neue Klage, sondern nur ein Pfändungsantrag erforderlich. Ein Beispiel zu solchem Antrag finden Sie unter Nr. 69 S. 434 des Arbeiterrechts. 2. Eine Mutter, die so handeln würde, wäre strafbar. — G. A. 18. 1. Deber ist die Eltern von einem Beamten auf dem Standesamt damals erteilte Auskunft durchaus irrig. Das betreffende Kind gilt, auch wenn es im Ehebruch erzeugt ist, als Kind des damaligen Manns seiner Mutter. Nur durch eine Klage dieses Manns könnte die Unehelichkeit festgestellt und dann ihm der Name erteilt werden. 2. Ebenso ist eine Abtötung auch der unehelichen Kinder des Betreffenden ohne seine Zustimmung nicht möglich. Geforscht Sie zunächst seinen Aufenthalt (durch Nachfragen bei der Polizei) und suchen Sie dann seine Zustimmung zu erlangen. Sind Sie noch nicht 50 Jahre alt, so müssen Sie dann noch um Dispens zwecks der Adoption nachsehen.

Marktpreise von Berlin am 9. Juli 1900

nach Ermittlungen des lat. Polizeipräsidenten.		nach Ermittlungen des lat. Polizeipräsidenten.		
Weizen, gut	12 —	7 —	12 —	
mittel	11 —	6 —	11 —	
gering	10 —	5 —	10 —	
Roggen, gut	11 —	6 —	11 —	
mittel	10 —	5 —	10 —	
gering	9 —	4 —	9 —	
Gerste, gut	14,90	14,40	Butter	2,60
mittel	14,30	13,90	60 Stk	2,60
gering	13,80	13,40	Käse	1,60
Hefe, gut	16,10	15,20	Käse	2,80
mittel	15,10	14,20	Käse	2,60
gering	14,10	13,20	Käse	2,40
Malzstroh	6,50	5,50	Käse	1,50
den	8,00	6,20	Käse	2,40
Erbsen	10 —	25 —	Käse	1,40
Speisebohnen	45 —	25 —	Käse	2,50
Linsen	70 —	30 —		

Produktionsmarkt vom 10. Juli. Unter dem Einfluß höherer Weizennotierungen in New York und Chicago legte Getreide am Dienstag Preisnotierung fest ein. Die Tendenz wurde jedoch mittags ausgesprochen schwach, da russischer Roggen reichlich und zu fallenden Preisen offeriert war und überdies aus den Exportländern nachlands, namentlich aus der Gegend von Odessa wider Erwarten glänzende Ernteberichte vorliegen. Die Weizennotierungen bei und werden auf Grund des steigenden Barweizens und der veränderten Witterung nach wie vor flüchtig beurteilt, wenn auch die Devisen von einem neuwärtigen Witterungswechsel nichts zu merken ist. Weizen- und Getreide-Notierungen werden unebenmäßig, das übrige Ausland hat ebenfalls wenig Bewegung. Bei meiste flüchtige Verkauft waren Weizen

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 15. Juli, vorm. 11 Uhr, bei Keller, Köpenstr. 29:

Übungsstunde.

Vorbereitung zum Sängersfest in Weissensee am 5. August.

Programm: Lieder: „Bundeshymne“, „Arbeiter-Vaterlandslied“, „Freiheit“, „Bruderslieb“, „Schwaben“, „Frühlings-Grüßchen“. — Mitglieder und Vereine des Bundes, welche zu den Sängersfesten der Sängerkreise mitwirken, werden dringend ersucht, an dieser Übungsstunde ebenfalls teilzunehmen. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Donnerstag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schiller, Rosenhallerstraße 57:

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Dentzer über: „Wie ist es möglich, das Erzeugnis (Stuhl) zu halten.“ 2. Diskussion. 3. Wahl eines Gewerbergerichts-Beisitzers. 4. Gewerkschaftlich Verschiedenes. Die Kommission.

Friedrichsfelde.

Donnerstag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Babe, Prinsener-Allee 30:

Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Stusche. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer. Achtung!

Freitag, den 13. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale „Königs Hof“, Bülowstraße 37:

Mitglieder-Versammlung des Centralverbandes der Maurer etc. für Westen und Schöneberg.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. V. Fränkel über: „Eingangs aus der Geschichte der Justizreform.“ 2. Gewerkschaftliches. Um rege Beteiligung bitten Die Verbandsleitung.

Achtung, Brauer!

Sämtliche dem Verein der Brauerinnen Berlins und Umgegend nicht angehörende Brauereien haben die Forderungen der Fünfer-Kommission bis auf Abregelung des Arbeitsnachweises, welcher Gegenstand gegenwärtiger Verhandlung ist, bewilligt.

Wösem, Vicedorf, Enders, Weissensee, Berliner Brauhaus, H. G., Seteranenstraße 8. Berliner Stadtbrauerei, Belfortstraße 4. Kink & Comp., H. D. Hildebrand, am Tempelhofer Berg. Münchener Brauhaus, Kaiser-Brauerei, Charlottenburg.

Die Fünfer-Kommission.

1862b H. A.: L. Hodapp, Weissensee, Bülowstraße 13.

Wein

zum Ausschank sehr geeignet! süß, rot, wie Portwein, ausgezeichnet im Geschmack, garantiert rein, 10 Ltr. M. 7.—, 100 Ltr. 65.—, Oxhöf M. 120.—, Amt Iva. 7130. Eugen Neumann & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 16.

Kranken- und Begräbniskasse für die im Berliner Gürtler- und Bronceurgewerbe

beschäftigt. Personen. (E. H. No. 60). Dienstag, den 17. Juli 1900, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15. Ausserordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. 1/2-jähriger Rapportbericht pro 1900. 2. Statutenänderung der §§ 2, 7, 10, 38 und 40. 1893b

Zutritt haben nur groß-jährige Mitglieder. Mitgliedsbuch als Legitimation erforderlich.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes der hochwichtigen Tagesordnung wegen zu erscheinen.

Das Kassenlokal befindet sich vom 1. October 1900 ab Adalbertstrasse 72 part. Der Vorstand.

Englischer Garten

Alexanderstraße 27 c. Säle für Sonnabende in den Monaten Septbr., Oktbr., Novbr. 1900 noch frei.

5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.

H. Albrecht's Bäckerei, Wrangelstr. 9, Krautstr. 19, Goldsteinstr. 28, Lohsestr. 2.

Achtung, Stockarbeiter!

Besonderer Umstände halber konnte die am 9. d. M. angelegte öffentliche Versammlung nicht stattfinden. Dieselbe findet nun am Donnerstag, den 12. d. M., abends 8 Uhr, bei Stecher, Andreasstr. 21, bestimmt statt.

Um rege und pünktliches Erscheinen ersuchen wir; besonders die Kollegen der Werkstätte Körnig u. Aufrecht sind dazu eingeladen.

Der Vertrauensmann.

Patzenhofer Crystall

ein hochlichtes Gebräu hergestellt aus feinstem mährischen Malz und edelstem böhmischen Hopfen, zeichnet sich durch besonderen Wohlgeschmack aus und genießt den Ruf eines leicht bekömmlichen Bieres.

Preis frei Haus:

24 Fl. M. 3.— 1/10 T. M. 3.—

Patzenhofer Brauerei

Berlin NO., Landsberger Allee 24/27. Telephone VII, 2200. Berlin NW., Stromstrasse 11/16. Telephone II, 676. [5095L*]

Cohns Festsäle,

Beuthstrasse 19/20. Empfehle meine Säle zu Versammlungen, Septenber und Oktober noch einige Sonnabende und Sonntage frei. [48903*]

Zahnärztliches Institut, Alexanderplatz 1. Räume 2 W., Blumen von 1,50 an, Zahnstühlen 75 Pf. Teilzahl. Spr. 8-6.

Das grosse Stahlwaren-Versandhaus I. Ranges Gebrüder Rauh, Grärrath

bei Solingen versendet umsonst und portofrei den soeben erschienenen neuesten sehr reichhaltigen Prachtkatalog mit 1500 Abbildungen von Tischmesser und Gabeln, Taschenmesser, Rasiermesser, Gemüsemesser, Alpaca- und Britannia-Löffel, Scheren, Garten- und Rebenzscheren, Werkzeuereien, Haarschneidemaschinen, Bügel-eisen, Wirtschaftswagen, Tafel-Einlege, Kaffeemühlen, Pfeffermühlen, Fleischhackmaschinen, Kartoffelreibe- und Schneid-, und Schneid-, Rasier-, Küchen-, Haas- u. Bieremesser, Fruchtpressen, Borst- und Fahrstuhlöffner, Patenen, Revolver Jagdgewehre, Hirschfänger und Dolche, Glaserblumen, Fernrohre, Feldstecher, Werkzeuge und Werkzeugmaschinen, Gold- und Silberwaren, Herren- und Damen-Werferten Broschen und Armabänder, Uhren etc., Uhrarbeitszeugen, Pfeifen, Spazierstöcke u. Schirme, Lederwaren, Kämme, Bürstenwaren, sowie viele sonstige Neuheiten.

Um jedermann Gelegenheit zu geben sich von der hervorragenden Qualität und Preiswürdigkeit unserer Waren zu überzeugen, versenden wir

30 Tage zur Probe unter Nachnahme eine hochfeine, kräftige, solid gearbeitete Nickelkette Nr. 1600, wie Zeichnung, mit Kompass, modernes Facon, zum Preise von nur 1.40 M. franko.



Zeichnung halbe natürliche Größe. Ganze Länge der Kette 26 cm.

Unser Katalog enthält ca. 60 verschiedene Ketten, falls vorkommendes Material nicht gefallen sollte, bitten nach dem Katalog zu wählen. Zahlreiche Anerkennungen laufen täglich unangefordert bei uns ein. So schreibt Herr Fleischermeister Karl Fursch: Vor ungefähr 3 Jahren habe ich ein Rasiermesser gegen Nachnahme von Ihnen bezogen und bin damit sehr zufrieden. Da ich nun verschiedene Haushaltungsgegenstände nötig habe, so bitte ich Sie, mir gefälligst Ihren neuesten Hauptkatalog zu senden, damit ich auswählen kann. Versand gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages. Was nicht gefahr, nehmen wir zurück, zahlen Betrag retour oder liefern Ersatz dafür, also für den Besteller kein Risiko!

Eröffnung! Rohtabak Eröffnung! Größte Auswahl zu billigsten Preisen. J. Fränkel, Bertr.: S. Gröbel, 181. Brunnenstraße 181.

II. Westpreussische Lose a 1 Mark

11 Stück 10 Mark Porto und Liste 20 Pf. extra. Ziehung schon Donnerstag. Fahrräder, goldene u. silberne Taschenuhren, silberne Löffel etc. Lud. Müller & Co. Berlin C., Breitestr. 5.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Restauration, direkt Hof, großes Hofbräuhaus, mit kleinem Garten, 9 Jahre selbst, verkauft Dacht, Spaussestraße 52. 1400*

Restaurant (Zahnhalle) ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Warschauerstraße 63 im Schanklokal.

Gedächtnis, mit schönem Vorgarten, umfänglich billig zu verkaufen Schulstraße 12. 2298*

Restauration, Desillusion, ohne Eisen, 10 Jahre bestehend, gutes Geschäft, modern eingerichtet, mit Verein, keine Forderungen, für jedermann passend, günstige Gelegenheit, sofort oder zum 1. October billig zu verkaufen Vorkauerstraße 42. 1400*

Restaurant Umstände halber zu vermieten oder für Inventarpreis billig zu verkaufen. Zu erfragen bei N. Ohlert, Warschauerstraße 4. 1431*

Vorjährige elegante Herren-paletts und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verandahaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, part. 131*

Beiten, Steppdecken, spottbillig Leihhaus Reanderstraße 6.

Remontiruhren, goldene, Regulator, spottbillig Verandahaus Reanderstraße 6. 25/12*

Leppiche mit Fardenschleim, Fabrikfabrik Grobe Frankfurterstraße 9, part. 131*

Mauerwerk zu verkaufen, Gut-gehalt Grömann, Potsdamerstraße 61.

Leppiche, Gardinen, spottbillig Leihhaus Reanderstraße 6.

Ruhbaumöl, ganze Wirtschaft, spottbillig, auch einzeln, Gartenstr. 32A, I links. 1411

Mauer! Hilfsarbeiter, auch ganze Tafeln, fest vorräthig Gut-Bazar, 61, nur Potsdamerstraße 61. Bitte ausshreiben. 15445*

Damenkleider billig Stoff, Weinbergweg 13b. 9185

Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung, Lager vierhundert Maschinen, Zahnrenner, 18 Pfund, Strahnenrenner, Luxus-Damenräder, Zweifiger, Rindschäder, Anhängewagen direkt aus Fabrik „Imperial“ Diefenbachstraße 33. 12408*

Fahrräder, erstklassig, zu Großpreisen (auch Teilzahlung), Musterlager, Kommandantenstraße 46 I. *

Fahrrad, gut erhalten, verkauft preiswürdig Schulze, Hagenauerstraße 14.

Halbrenner 155 Mark, Tourenmaschine 125 Mark, Damenrad 130 Mark, Laufbänder 10 Mark, jedes ein Jahr Garantie. Matern, O., Strouhbergerstraße 24. 131*

Fahrrad, 35 Mark, verkauft Zimmer, Andreasstraße 7a. 18225*

Fahrradhändler! kaufen sämtliche Zubehör- und Korbteile, sowie Gefelle, gepannte Räder sehr vorteilhaft. Fahrradfabrik an großem Platz Vorkauerstraße 3, Dresden. 25/17*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie, rüst- und vorwärtstüchtige Ringstich, Schnellstich, Bobbin, Adler, Kostenfreier Unterricht. Bitte rechner an Postkarte erlöblich sofort. Frige, Lammstraße 39, Nähmaschinen-geschäft. 1745

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1 M., fünfjährige Garantie, Gefelle, Postkarte. Nähmaschinen-geschäft Wille, Altdorf, Berlinerstraße 84, nahe Hermannplatz.

Strickmaschinen, beides Fabrikat, auch Teilzahlung. Gustav Brederer, Engelstraße 20. 26/1*

Uhren, Goldwaren, Teilzahlung, Befellungen brieflich. Louis Bogdt, Auguststraße 92. 18476

Großes Lager von Berliner Mauer-pfeifen sowie auch Schrubbern in jeder Größe für Bauhandwerker hält auf Lager Kirchner, Göttingerstraße 65. 142*

Gasofen, Sparsysteme, Hochloch 6,00, Dreiloch 10,00, Gas-Platt-eisen, Schneider, Gasapparate billig! Mohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 18496*

Bestimmte Feld, Gartenbrunnen, Tische, Stühle, Bänke, Spaten, billig, Karl Kaufmann, Mühlendammstraße 19, am Urban. 12118*

Stiare, eine Mark, junge, lernen brechen, pfeifen. Oranienstraße 87, Vogelhandlung. 16695

Geschäftszente, Werstätten, 46 Pf. 1/10, Baurischler 3 Mark, Brauerer-Berlin Andreasstraße 63. 16705

Steyppdecken am billigsten Fabrik Grobe Frankfurterstraße 9, part. 18225*

Destillation und Stehlerhülle, direkt am Strahnenbahn-Depot, bei sehr billiger Preise sofort verkäuflich Vorkauerstraße 4a. 18486*

Destillation billig verkäuflich Paderstraße 33. 18726

Möbelverkauf, neue und gebrauchte, auch Teilzahlung. Römer, Sebastianstraße 81. 18845*

Rechtsbureau Andreasstraße 63, neben Konordia. Rechtsbefähigt.

Wolin, Klavier, Violon, Cello, Unterrichts, monatlich 4 Mark, Oranienstraße 118.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof part. 2387b

Uhren repariert Wilhelm Hilde, Uhrmacher, Vorkauerstraße 45. 1445*

Fahrrad-Reparaturen fertigt Zimmer, Andreasstraße 70. 1476b

Fahrradteile und Fahrräder billige Bezugsquelle, Reparaturen. Otto Heinz, Brückenstraße 6b. 12388*

Fahren jeder Art fährt billig Otto Daniel, Hebenmannstr. 2, Köpen-hofhandlung. 9826

Privat-Mittagstisch, Herren 40, Damen 35 Pfennige. Oranienstr. 178, I.

Zaal und Beisitzzimmer empfiehlt Jannasch, Inselstraße 10. 12088*

Bereinszimmer, kleiner Saal, mehrere Tage, auch Sonntag, zu vergeben. Gold, Große Frankfurterstraße 133. 1400*

Bereinszimmer empfiehlt Herr alte Jakobstraße 119. 1288K*

Bereinszimmer Simonstraße 23 Bild. 229K*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurück-geliefert. Gläser, Wulandstraße 27. *

Stellungsangebote.

Tüchtige Farbigenmacher bei dauernder Beschäftigung verlangt Goldbleich-fabrik Alexandrinenstraße 25. 14533b

Farbigenmacher sucht Schulze, Oranienstraße 185. 1644b

Mechaniker, der mit Phonograpphen und Accumulatoren gut Bescheid weiß, sucht Adler-Photograph-Compagnie, Friedrichstraße 129. 1866b

Tüchtige Farbigenmacher Wrangelstraße 12. 1865b*

Silberglaser, tüchtigen, sucht Schulze, Oranienstr. 185. 1644b

Korbmacher, 4-6, auf Ballon-höhe, per Stück 35 Pfennige Lohn, finden dauernde Beschäftigung bei Julius Rechner, Vorkauer. 1447*

Tüchtige Kollaturer mit guten Zeugnissen werden verlangt Köpenstr. 127. 18706*

Tüchtige Farbigenmacher finden dauernde Beschäftigung Altdorf, Prinz-Sandierstraße 73. 14126

Vorkaufliche verlangt Feder, Bestingstraße 6. 18755

Berliberer verlangt Georgentisch-strasse 13a I. 18733b

Kleberinnen verlangt Schützelpohn, Spigenpapier-Fabrik, Alexandrinenstraße 110. 18676

Prägerinnen verlangt Philippsohn, Spigenpapier-Fabrik, Alexandrinenstraße 110. 18685

Arbeiterin einfacher Damenhädels aufhören. Dausle, Weisel, Fruchtstraße 63, II. 18715

Mamfell auf Stepp- und Goll-Gosed verlangt Brandt, Schmeiderstraße 253. 18145*

Taschens, Wäschentücher-Ver-teilerinnen verlangt Lambrecht, Schlie-mannstraße 28. 18345*

100 Taschens-Verleiterinnen verlangt Kretz, Naumerstraße 21, Bornborferstraße 21 und Gerichtstraße 31 bei Kramer. 15429*

Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Für Redaktion u. Expedition eines Provinzial-Parteiblattes wird per 1. August eine jüngere Kraft gesucht (nicht unter 24 Jahren). Offerten unter Angabe der Gehaltsansprüche sende man an Richard Fischer, Saalfeld a. S. Cherenlangengasse 6a.

2 Gürtler, (andere Arbeiter) auf Beschäftigung, länger eingerichtet, können sich melden. Frey & Co., Breslau, 50032* Minoritenhof 4.

2-3 Eisenher auf nur bessere Arbeiten bei hohem Accord sofort verlangt, aber nur saubere Arbeiter. Otto Gutschmann, Neu-Ruppin. 18285*

Achtung! Parkettleger, Bauhandwerker! Die Firmen Gröhlts-Claisen, Bendix-Söhne u. die Weissen-seer Holzbearbeitungs-Fabrik, Gesellschaft mit beschr. Haftung, sind gesponsert. Die Kommission.